



IMPRESSUM

Der *AKA-Newsletter* wird für den ARBEITSKREIS FÜR AGRARGESCHICHTE zweimal jährlich herausgegeben von
 Dr. Frank Konersmann,
 Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie
 Universität Bielefeld, Postfach 100131, D-33501 Bielefeld,
 Tel.: 0521/1062535
 e-mail: fkonersm@Geschichte.Uni-Bielefeld.de

Mitteilungen, Rezensionen, Diskussionsbeiträge, Anregungen werden - am liebsten als Textausdruck unter Beifügung einer Diskette mit einem üblichen Textverarbeitungsprogramm (word, word für windows, wordperfect) - an die o.g. Adresse erbeten.

9 - 2001

Inhalt

| | |
|---|-------|
| EDITORIAL | S. 3 |
| BERICHTE | |
| <i>Themenvorschläge</i> | |
| 1. Justitiiarii, Mandatarii, Commissarii. Bürgerliche Juristen und Staatsbeamte zwischen Herrschaft und Untertanen auf ländlichem Großgrundbesitz (Heinrich Kaak) | S. 4 |
| 2. Formen dörflicher Politik zwischen Spätmittelalter und dem 19. Jahrhundert (Stefan Brakensiek/Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt) | S. 7 |
| <i>Vortrag</i> | |
| Österreichische Agrargesellschaften im 20. Jahrhundert: Eine Gebirgs- und Flachlandregion im Vergleich (Ernst Langthaler) | S. 11 |
| TAGUNG | |
| <i>Berichte</i> | |
| Holzversorgung als kommunale Aufgabe. Tagung in Grainau/Oberbayern (Hartmut Ellrich) | S. 21 |
| Erste Tagung des Irseer Arbeitskreises für vorindustrielle Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Irmgard Schwanke) | S. 28 |
| Agrarische Systeme und soziale Praktiken im 18. und 19. Jahrhundert (Gunter Mahlerwein) | S. 36 |

KLEINE BEITRÄGE

Kritik

Grundsätzliches zu Ulrich Kluges ‚Kritische Bemerkungen zum Beitrag von Ilona Buchsteiner‘ in AKA-Newsletter 7 (Liselott Enders) S. 39

Projektskizze

Bauern und Öffentlichkeit. Die Publizistik der Kleinbauernverbände der Weimarer Republik (Andreas Domheim) S. 39

Call for papers

‚Bauern neu denken‘ (Ernst Langthaler) S. 45

Ankündigung

Arbeitskreis für Agrar- und Umweltgeschichte in der Schweiz (Beat Brodbeck, Josef Mooser, Peter Moser, Christian Pfister) S. 46

BUCHANZEIGE

Bremischer Landwirtschaftsverband (Hrsg.), 150 Jahre Landwirtschaftskammer Bremen 1849-1999 (Bernd Hüttner) S. 47

MITGLIEDERNACHRICHTEN

Neue Mitglieder S. 48

Ausgeschiedene Mitglieder S. 49

Adressenänderungen S. 49

Veröffentlichungen S. 49

IMPRESSUM

S. 52

EDITORIAL

Dank des Engagements mehrerer Mitglieder ist die Nummer 9 des Newsletters relativ umfangreich ausgefallen. Es wurden diverse Beiträge eingeschickt, die in verschiedenen Sparten der Zeitschrift untergebracht wurden. Damit gewinnt der Newsletter allmählich den Charakter eines Forschungsförums. Dieses erhöhte Engagement indiziert vielleicht ein wachsendes Interesse an der Arbeit des Arbeitskreises und sicherlich auch ein erhöhtes Interesse an einer neuen, gesellschaftsgeschichtlich fundierten Agrargeschichte. Für diese Beobachtung sprechen nicht nur ein verstärktes Bedürfnis nach Mitgliedschaft im Arbeitskreis - die Zahl der Eintritte übersteigt bei weitem die der Austritte -, sondern auch die durchgehend positiven Reaktionen auf den von Stefan Brakensiek im Herbst letzten Jahres verschickten Rundbrief über eine neue Standortbestimmung des Arbeitskreises.

Da der Newsletter neben seiner Funktion der Nachrichtenvermittlung auch als ein Forum zum Gedankenaustausch dienen soll, sind Forschungskontroversen höchst willkommen. Selbstverständlich wird von den Autoren erwartet, daß sie ihre kritischen Beiträge entsprechend den Standards wissenschaftlicher Argumentation verfassen, hingegen von nicht begründeten Unterstellungen Abstand nehmen. Der Beitrag von Ulrich Kluge in Nummer 8 des Newsletters erfüllt diese Bedingungen nicht. Seine Bemerkungen zum Überblick der agrarhistorischen Forschung in Mecklenburg von Ilona Buchsteiner in Nummer 7 geben nur seine persönliche Sicht der DDR-Agrargeschichtsschreibung wieder. Der Abdruck seines Beitrages ist nicht als stillschweigende Zustimmung der Schriftleitung zu verstehen. Trotzdem muß ich eingestehen, daß ich es bei der Übernahme der Schriftleitung des Newsletters im letzten Sommer versäumt habe, die bereits eingegangenen Beiträge unter diesem Gesichtspunkt zu prüfen. Die Kernaussage der kritischen Stellungnahme von Liselott Enders in dieser Nummer zu Ulrich Kluges Beitrag entspricht dem Anspruch der Schriftleitung, ein Forum für präzise und faire Forschungsdebatten zu bieten. Ich werde mir zukünftig vorbehalten, in Absprache mit dem Vorstand und in Rücksprache mit der Autorin oder dem Autor auf sachliche und faire Darstellung zu dringen.

Auf der letzten Vorstandssitzung Anfang März in Bielefeld schlug Susanne Rappe den Aufbau einer homepage im Internet für den Arbeitskreis vor. Der Vorschlag stieß auf einhellige Zustimmung bei den Vorstandsmitgliedern. Bis zum Sommer soll eine solche homepage eingerichtet werden, so daß der Arbeitskreis unter Stichworten wie „Agrargeschichte“ und „ländliche Gesellschaft“ im Internet zu finden sein wird. Themen, Arbeitsstrukturen, Ad-

ressen und Termine sollen auf dieser homepage untergebracht werden. Susanne Rappe wird auf der nächsten Sommertagung am 22. Juni im Max-Planck-Institut in Göttingen über den Stand der Arbeiten berichten.

Auf Anregung von Stefan Brakensiek in seinem Rundbrief vom Herbst letzten Jahres, neue Themenfelder für zukünftige Tagungen des Arbeitskreises vorzuschlagen, sind mittlerweile zwei Themenvorschläge eingegangen. Sie sind in der Sparte BERICHTE in diesem Heft abgedruckt. Zu dem von mir selbst vorgeschlagenen Themenfeld 'Ethnische und religiöse Minderheiten in ländlicher Gesellschaft und Landwirtschaft der frühen Neuzeit und Moderne' werde ich für den nächsten Newsletter einen Text ausarbeiten. Diese Themenfelder könnten in näherer Zukunft auf eigenen Tagungen des Arbeitskreises und/oder in Sektionen auf einem Historikertag behandelt werden.

Frank Konersmann

BERICHTE

Erster Themenvorschlag

Justitiiarii, Mandatarii, Commissarii.

**Bürgerliche Juristen und Staatsbeamte zwischen Herrschaft und Untertanen
auf ländlichem Großgrundbesitz**

von Heinrich Kaak

Aus einem Symposium in Potsdam („Arrendatoren, Administratoren, Amtmänner. Herrschaftsvermittlung in der frühen Neuzeit“; eine Veröffentlichung rückt näher) entstand das Interesse, weitere Bereiche dieser Thematik aufzuarbeiten. Es ist einiges über die Tätigkeit, Bildung, Heiratskreise usw. der preußischen Amtspächter ermittelt worden, neue Veröffentlichungen stehen bevor. An anderer Stelle wäre der Kulturgeschichte der Amtmänner und Administratoren nachzugehen, so ihrer Lebensweise in Distanz oder Affinität zu den Untertanen, evt. am Beispiel der Architektur und Einrichtung von Amtshäusern. Hier soll es um Angehörige des Bürgertums gehen, die als Juristen und Staatsbeamte nur zeitweise mit den Geschehnissen im Dorf zu tun hatten und dennoch eine große Wirkung auf sie hatten. Fast überall auf Gütern und Ämtern standen Justitiare/Gerichtshalter im herrschaftlichen Dienst. Wo es keinen rechtskundigen Pächter gab, war dies unumgänglich. In Preußen gab es die „Justizbürgermeister“, die, in der nahen Stadt wohnend und administrative sowie judikative Funktionen ausübend, im Auftrag von Gutsherren und Domänenpächtern für die korrekte Ausübung der Gerichtsbarkeit zuständig waren. Sie fungierten auch als Rechtsvertreter der Herrschaft in Prozessen vor Obergerichten.

Um in einer Auseinandersetzung mit ihrer Herrschaft vor dem Kammergericht bestehen zu können, bedurften auch die Untertanen des Rechtsvertreters, mußten sich einen Mandatarius suchen. Dabei waren von den Untertanen Kosten zu tragen und Formen der Zusammenarbeit mit den Juristen zu finden. Die Juristen hatten die rechtlichen Möglichkeiten und deren Erfolgchancen deutlich zu machen.

Bei Regelungen des Verhältnisses zwischen Herrschaft und Untertanen und den Auseinandersetzungen darum kamen im Dorf Kommissare zum Einsatz. Sie führten Separationen, Aufstellung von Urbaren, Untersuchungen zu Dienstregelungen u. a. durch. Meist im Auftrag eines landesherrlichen Gerichts oder der Kreise sollten sie wie die Justitiare dem Recht zur Geltung verhelfen und hatten dabei eine wichtige Schiedsrichterfunktion.

Da nicht das landesherrliche Edikt oder die landesherrliche Gerichtsordnung, sondern die Umsetzung des Rechts vor Ort darüber entschieden, wie die Rechtsprechung empfunden wurde, waren diese Angehörigen des gehobenen Bürgertums von großer Bedeutung für das Geschehen auf dem Land und für die Einstellung der Landbewohner gegenüber dem Staat. König Friedrich Wilhelm II. von Preußen stellte besonders den Rechtsvertretern ein vernichtendes Urteil aus.

Fragen zu ihrer Tätigkeit: Unter welchen Voraussetzungen arbeiteten sie? Worin zeigen sich Abhängigkeit von der ländlichen Herrschaft oder Freiräume? Welche Probleme traten in diesem Verhältnis auf? Wie erfolgreich waren sie für ihre jeweiligen Auftraggeber? In welchen Abhängigkeiten zu ihnen standen die nicht rechtskundigen Auftraggeber? Wie traten diese Angehörigen des Bürgertums auf, die eine mit lateinischen und französischen Begriffen und Ausdrücken gespickte Sprache sprachen? Wenn die Kommissare auch wie hohe Gäste behandelt wurden, befanden sie sich auf dem Land nicht doch in feindlicher Umwelt?

Fragen zu ihrem Ansehen: Betrachteten die Untertanen sie als Beauftragte der Gutsherren von vornherein mit Skepsis und Ablehnung oder gab es Anknüpfungspunkte mit ihnen? Wurden sie als Handlanger einer staatlich-herrschaftlichen Justiz angesehen oder nicht?

Zentrale Fragen: Entspannte sich das Verhältnis von Herrschaft und Untertanen durch ihr Eingreifen oder nicht? Wurde das Vertrauen auf die staatliche Rechtsprechung durch diese Juristen und juristisch gebildeten Staatsbeamten erhöht oder gemindert?

Diese und ähnliche Fragen, die von erheblicher sozial- und rechtsgeschichtlicher Relevanz sind, könnten in einem überregionalen Vergleich einer Klärung nähergebracht werden.

Zweiter Themenvorschlag:

Formen dörflicher Politik zwischen Spätmittelalter und dem 19. Jahrhundert

von Stefan Brakensiek und Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt

Für die Geschichtsschreibung war lange unumstritten, daß „Dorf“ und „Politik“ zwei Sphären bildeten, die wenig miteinander zu tun hatten. Und wenn doch einmal von „dörflicher Politik“ die Rede war, dann meist in einer Weise, die sie als Teil einer oralen und letztlich primitiven politischen Kultur erscheinen ließ. Ausnahmen von dieser pejorativen Sicht bildeten die Forschungen zu den herausgehobenen Momenten - vor allem zum Bauernkrieg von 1525 und zur Revolution von 1848. Erst die seit den 70er Jahren in Gang gekommene Forschung zum bäuerlichen Widerstand, der gewaltsam verlaufen konnte, sich aber auch legaler Formen (Prozesse oder Gravamina) bediente, ließ die Landbewohner zu den Ehren bewußt handelnder politischer Akteure kommen. Peter Blickle und seine Mitarbeiter haben in diesem Zusammenhang den Begriff „Kommunalismus“ geprägt. Im Rahmen dieses Konzepts erscheinen die Bewohner der Dörfer (gemeinsam mit den Stadtbürgern) im ausgehenden Mittelalter und zu Beginn der Frühen Neuzeit als Verfechter von eigenständigen politischen Prinzipien, die sie hartnäckig gegen Herren und Obrigkeiten verteidigten. Demzufolge entwickelte der „gemeine Mann“ eine politische Sprache, die gemeindlich-genossenschaftliche Bindungen und Werte generalisierte: „Nahrungsprinzip“ und „Gemeiner Nutzen“ sollten die ethische Grundlage auch weiter gefaßter politischer Einheiten bilden. Robert von Friedeburg hat demgegenüber betont, dass es sich hierbei um ideologische Begriffe handelte, die oftmals von wohlhabenden Bauern verwendet wurden, wenn sie zur Durchsetzung ihrer Interessen die Hilfe ihrer ärmeren Nachbarn benötigten.

Für die Forschungen zum ländlichen Protest und zum bäuerlichen Widerstand war die Frage zentral, wie politische Meinungsbildungsprozesse innerhalb einzelner Gemeinden verliefen und unter welchen Bedingungen es möglich wurde, daß sich mehrere Gemeinden oder größere Gebiete einem Konflikt anschlossen. Werner Troßbach und Andreas Suter haben darauf hingewiesen, dass sowohl ein gewaltsamer Aufstand als auch ein langfristiger gerichtlicher Konflikt den politischen Konsens innerhalb der beteiligten Gemeinden voraussetzten. Je länger ein solcher Konflikt dauerte, desto prekärer wurde es jedoch, die Einmütigkeit zu

wahren. Oftmals kam es zur Spaltung in eine unversöhnlich auf Fortsetzung des Konflikts drängende Fraktion und eine auf Ausgleich mit Obrigkeit oder Herrschaft setzende Partei. Im Zuge dieser innergemeindlichen Auseinandersetzungen griffen die Gruppierungen oftmals zu ehrkränkenden Schmähungen der Gegenseite, zur Sabotage an ihrem Eigentum und zu körperlichem Zwang.

Diese Faktionsbildung ist von der Forschung unterschiedlich gedeutet worden, als Ausdruck divergierender Interessen von sozialen Gruppen im Dorf, als das Resultat von verschiedenartigen Temperamenten unter den beteiligten Individuen, als ein allzeit auftretendes Moment innerhalb von politischen Radikalisierungsprozessen und als Ergebnis einer dem aktuellen Konflikt vorgelagerten, dauerhaften Konkurrenz zwischen Familien- und Klientelverbänden. David Luecke beispielsweise macht langfristige persönliche Loyalitäten dafür verantwortlich, ob sich eine Person im „Salpeterkrieg“ den Aufständischen oder der mit der Herrschaft kooperierenden Gruppierung anschloß. An dieser Stelle soll nicht für oder gegen diese Erklärungsansätze argumentiert, sondern darauf hingewiesen werden, daß es der Erforschung des politischen Alltags der Dörfer bedarf, wenn man die Entstehung und das Ausbleiben von massiven Konflikten deuten möchte. Hier soll die Arbeitsgruppe „Formen dörflicher Politik zwischen Spätmittelalter und dem 19. Jahrhundert“ anknüpfen, indem sie der Frage nachgeht, wie dörfliche Politik auch außerhalb der agonalen Konflikte beschaffen war und welchem Wandel sie unterlag.

Dabei müssen die bedeutenden Unterschiede zwischen den Regionen beachtet werden. So sollte erneut thematisiert werden, welche Faktoren verantwortlich waren für die regionalen Muster bezüglich der Häufigkeit und Intensität von Revolten und Prozessen. Um sich einer Antwort auf diese Frage zu nähern, ist es unseres Erachtens nötig, das Binnenverhältnis unter den Mitgliedern einer Gemeinde, die Außenbeziehungen der Gemeinde zu den bäuerlichen Nachbarn, zu Herren und Obrigkeiten zu untersuchen sowie das dialektische Verhältnis dieser Beziehungsdimensionen ins Kalkül zu ziehen. Im Zusammenhang mit dem Binnenverhältnis müßte es um die oftmals sozial differenzierten Möglichkeiten zur politischen Partizipation innerhalb der Gemeinden gehen, um den Zugang zu gemeindlichen Ressourcen und um die Sanktionierung von Devianz durch das institutionalisierte Dorfgericht, durch das informelle „Dorfauge“ oder durch obrigkeitlich dominierte Instanzen.

Letzteres leitet bereits zu den Außenbeziehungen über. In diesem Zusammenhang müßte geklärt werden, in welchen Situationen sich die Gemeindemitglieder solidarisch verhielten gegenüber Herren oder Vertretern des Fürstenstaates, wann sie wechselnde Koalitionen

eingingen, oder ob es gar zu Formen dauerhafter Zusammenarbeit zwischen Obrigkeiten und bestimmten Teilen der Dorfbevölkerung kam. Die Frühneuzeitforschung hat in den letzten Jahren in Abkehr vom Absolutismus-Paradigma die Durchsetzungsschwäche des frühneuzeitlichen Fürstenstaates „entdeckt“. Nimmt man diese Argumentation auf, ist angesichts der personellen Schwäche des Staatsapparates in der Provinz in der Tat kaum zu verstehen, warum den Befehlen des Fürsten und der Zentralbehörden überhaupt nachgekommen wurde. Geht man von der Annahme aus, daß die Amtsträger des frühmodernen Fürstenstaates ein Netzwerk an institutionalisierten und vor allem an informellen Beziehungen aufgebaut haben, um ihre Stellung abzusichern und ihren Anweisungen den nötigen Nachdruck verleihen zu können, dann rücken „das Dorf“ und seine politischen und administrativen Repräsentanten mit einem Mal ins Zentrum des historischen Interesses. Um dem Verhältnis zwischen „Staat“ und ländlicher Gemeinde auf die Spur zu kommen, ist es erforderlich, die Beziehungen zwischen den staatlichen Amtsträgern und den kommunalen Autoritäten (Schulzen, Greben, Heimbürgern, Bauermeister etc.) zu untersuchen, denn dieses Verhältnis war von strategischer Bedeutung, da ohne ihre kontinuierliche Kooperation „kein Staat zu machen war“. Die Analyse dieses mikropolitischen Verhältnisses könnte dazu beitragen, die Funktionsweise des frühmodernen politischen Systems als partiell konsensgestützte Herrschaft zu erfassen, ohne die ländliche Bevölkerung auszuklammern.

Es erscheint uns opportun, den temporalen Vergleich bis ins 19. Jahrhundert auszuweiten. Was die Frage nach der Integration von Dorfgemeinde und Landbewohner in den Anstaltsstaat des 19. Jahrhunderts anbelangt, ist gegensätzlich argumentiert worden. Einerseits gelten die Jahre um 1800 als entscheidende Zäsur, nach der „Dorf“ und „Staat“ in ein grundsätzlich anderes Verhältnis zueinander treten, andererseits hat man dieses Verhältnis eher aus der langfristigen Kontinuität zur Frühen Neuzeit heraus zu interpretieren gesucht.

Um zeitlich und regional vergleichen zu können, wird folgender Fragekatalog vorgeschlagen, der von den beteiligten ForscherInnen ergänzt werden sollte:

1. Was sind die funktionalen Gegenstände der Gemeindebildung (Erschließung von Ressourcen durch Rodung, Deichbau, Gründung einer eigenständigen Pfarrei)?
2. Wie organisieren die Bauern ihre Gemeinschaftsaufgaben für die Gemeinde, wie bilden sie „politischen“ Willen?
3. In welchen Formen vertreten sie ihre Interessen gegenüber Grundherren, Gutsherren und Landesherrn auch gegenüber Kirche und Stadt/Flecken?
4. Welcher politischen Sprachen bedienen sie sich dabei?
5. Welchen räumlichen Bezugsrahmen hat dörfliche Politik in den einzelnen Regionen? Steht

die Gemeinde im Zentrum, werden benachbarte Gemeinden als potentielle Konkurrenten gesehen oder kommt es zu gemeindeübergreifender Kooperation? Welche Institutionalisierungen werden dafür gefunden?

6. Welche Rolle spielen die regionalen Unterschiede in der gemeindlichen Verfassung?
7. Wie ist der Einfluß von überörtlichen Verbänden (Markgenossenschaften, Deichbauverbände, Forstbezirke, Hofmarken etc.) einzuschätzen?
8. Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, damit innergemeindliche Solidarität gegenüber „mächtigen Außenseitern“ (Vertretern des frühmodernen Staates oder einzelnen Herren) entstehen kann?
9. Wie differenziert sich die bäuerliche Gruppe und lassen sich dadurch Binnenkonflikte in der Gemeinde erklären?
10. Wie gehen die Bauern mit der wachsenden sozialen Differenzierung um, wie gestalten sie insbesondere das Verhältnis zu den ländlichen Unterschichten?
11. Wie funktionieren schichtenübergreifende Sozialbeziehungen (Konnubium, Klienteln, Arbeitskooperation) innerhalb der Gemeinden und über die Gemeinde hinaus? Sind diese Beziehungen politisch bedeutsam?
12. Die Studie von Andreas Würzler hat aufgezeigt, wie es im Konflikt stehenden Landgemeinden der Schweiz und des deutschen Südwestens seit dem späten 17. Jahrhundert mit der Hilfe von Medien gelang, eine größere Öffentlichkeit über ihre Ziele zu informieren und dadurch das politische Deutungsmonopol der Obrigkeiten zu brechen. Finden sich andernorts vergleichbare Strategien?

Österreichische Agrargesellschaften im 20. Jahrhundert: Eine Gebirgs- und eine Flachlandregion im Vergleich

von Ernst Langthaler

Das Forschungsprojekt, das im folgenden skizziert wird, befaßt sich mit der ‚großen Transformation‘ österreichischer Agrargesellschaften im 20. Jahrhundert¹ an zwei niederösterreichischen Regionen, dem Gerichtsbezirk Kirchberg an der Pielach in den Voralpen und dem Gerichtsbezirk Marchegg im Marchfeld.² Die beiden Regionen unterscheiden sich in den ökologischen Bedingungen (Kirchberg: Mittelgebirge, feucht-kühles Klima, karge Böden; Marchegg: Flachland, trocken-warmes Klima, fruchtbare Böden), Betriebsformen (Kirchberg: Grünlandwirtschaften mit höherem Anteil an Nebenerwerbsbetrieben und geringerem Hektar-Reinertrag; Marchegg: Ackerwirtschaften mit geringerem Anteil an Nebenerwerbsbetrieben und höherem Hektar-Reinertrag) und Marktlage (Kirchberg: 40 Kilometer Entfernung zur Bezirks- und Landeshauptstadt St. Pölten; Marchegg: unmittelbarer Einzugsbereich der Bundeshauptstadt Wien).³ Die Regionen Kirchberg und Marchegg stehen für jene bäuerlichen Betriebstypen, die umgangssprachlich als „Hörndlbauern“ und „Körndlbauern“ bezeichnet werden. Für den Regionenvergleich wurde ein mikrohistorischer Ansatz gewählt, der auch soziologische, ökonomische, ethnologische, politologische und geographische Konzepte aufgreift.⁴ Mit Hilfe dieses multidisziplinären Instrumentariums sollen mehrere Aspekte des agrarischen Wandels beleuchtet werden: die Dynamik des Ökonomischen, Sozialen und Kulturellen; das Wechselspiel von Makro-, Meso- und Mikroebene; die Differenzierung nach Klassen, Geschlechtern und Generationen; die Mischung von kontinuierlichen und diskontinuierlichen

¹ Als Überblick vgl. Ernst Langthaler, *Bauernsterben? Wege österreichischer Agrargesellschaften in der Moderne*, in: Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie (Hg.), *Landwirtschaft und Agrarpolitik in den 90er Jahren. Österreich zwischen Tradition und Moderne*, Wien 1999, 81-98.

² Die Teilstudie über die Voralpenregion wird vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) finanziert und läuft seit 1999; die Teilstudie über die Marchfeldregion befindet sich derzeit im Antragsstadium. Beide Studien stehen im Zusammenhang eines größeren Projektes über *Österreichische Agrargeschichte im 20. Jahrhundert* unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Ernst Bruckmüller (Wien), Univ.-Prof. Dr. Ernst Hanisch (Salzburg) und Univ.-Prof. Dr. Roman Sandgruber (Linz).

³ Vgl. Klaus Wagner, *Neuabgrenzung landwirtschaftlicher Produktionsgebiete in Österreich, Teil I: Burgenland, Niederösterreich, Wien, Steiermark, Kärnten*, Wien 1990, 107 ff., 180 ff.

⁴ Als neuere Forschungsüberblicke vgl. Werner Troßbach, *Von der Dorfgeschichte zur Mikrohistorie: Transformationen in der Historik „kleinster Teilchen“*, in: Stefan Brakensiek/Axel Flügel (Hg.), *Regionalgeschichte in Europa. Methoden und Erträge der Forschung zum 16. bis 19. Jahrhundert*, Paderborn 2000, 171-195; Stefan Brakensiek, *Regionalgeschichte als Sozialgeschichte. Studien zur ländlichen Gesellschaft im deutschsprachigen Raum*, in: Ebd., 197-252. Die Anwendung mikrohistorischer Ansätze im 20. Jahrhundert wirft datenschutzrechtliche und forschungsethische Probleme im Umgang mit personenbezogenen Daten auf, die noch eingehender Diskussion bedürfen.

Entwicklungssträngen. Diese *Agrargeschichte als vergleichende Mikrohistorie* soll über regionale Besonderheiten hinaus auch allgemeine Phänomene beleuchten.

Als wichtigste Analyseebene für die Erforschung des Großen im Kleinen erscheinen die *bäuerlichen Haushalte* – koresidente Gruppen agrarischer Produzenten und Konsumenten, die über einen *Teil* ihrer Aktivitäten in *teilweise* entwickelte Märkte eingebunden sind.⁵ Diese Definition verweist auf mehrere Besonderheiten bäuerlichen Arbeitens und Lebens im 20. Jahrhundert: Die Einbettung bäuerlicher Haushalte in das Marktsystem über Produktion und Konsumtion; die Möglichkeit der zeitweisen Entkoppelung von diesen Märkten durch die Subsistenzbasis; die ‚Verzerrung‘ des Wettbewerbs zwischen den Haushalten durch ungleiche Marktchancen (externe Differenzierung); die Gliederung der Haushalte nach Klassen, Geschlechtern und Generationen (interne Differenzierung); die Unterschiede zu kapitalistischen Agrarunternehmen, die ausschließlich „familienfremde“ Lohnarbeit beschäftigen, und kommerzialisierten Familienfarmen, die auf nahezu vollständig entwickelten Märkten agieren.⁶ Kurz, bäuerliche Haushalte sind wie die Knoten eines Netzes in äußere und innere Beziehungen eingebunden, die ihre Handlungsspielräume ermöglichen *und* begrenzen. Diese Beziehungsnetze sind keineswegs über die Köpfe der Menschen hinweg gespannt. Es sind die Menschen selbst, die sie entlang bewußter oder unbewußter Strategien *in praxi* immer wieder neu knüpfen, reproduzieren oder transformieren. Die Analyse kann daher nicht diesseits oder jenseits der Haustür enden. Sie sollte die Beziehungen der Haushalte mit dem größeren System wie die Beziehungen zwischen ihren Angehörigen umfassen: Bäuerinnen und Bauern, Dienstboten und Tagelöhner, Verwandte und Nachbarn, Tauschpartner und Händler, Produktions-, Konsum- und Kreditgenossenschaften, vor- und nachgelagerte Märkte, Ämter und Behörden, Parteien und Verbände. Entlang dieser Beziehungen zirkulieren ökonomische, soziale und kulturelle Ressourcen. Je nach Art der Ressource können wir Handlungsfelder der involvierten Einzelnen, Gruppen und Institutionen unterscheiden: Land- und forstwirtschaftlich nutzbarer Boden; Sachmittel in monetärer und nichtmonetärer Form; menschliche, tierische und maschinelle Arbeitskraft; auf regionalen und überregionalen, vor- und nachgelagerten Märkten getauschte Erzeugnisse; nicht zuletzt Alltags- und Expertenwissen, das identitätsstiftende Selbst- und Fremdbilder einschließt. In diesen Feldern steht die Verfügungsmacht über ökonomische, soziale und kulturelle Ressourcen auf dem Spiel.⁷

⁵ Vgl. Harriet Friedmann, *Household Production and the National Economy: Concepts for the Analysis of Agrarian Formations*, in: *Journal of Peasant Studies* 7 (1979/80), 158-184.

⁶ Vgl. Frank Ellis, *Peasant Economies: Farm Households and Agrarian Development*, Cambridge 1988, 233 ff.

⁷ Zu einem praxeologischen Konzept von (Agrar-)Gesellschaft vgl. Pierre Bourdieu, *Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyrischen Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1976; Anthony Gidd-

Ein vielfältiges Instrumentarium für die Analyse der Strategien bäuerlicher Haushalte bietet die Mikroökonomie. Mit mikroökonomischen Ansätzen geht häufig die Vorstellung des *homo oeconomicus* einher – der eurozentrischen Sichtweise, die Menschen aller Zeiten und Räume folgten einzig und allein dem Ziel der *Profitmaximierung*. Einen möglichst hohen Profit zu erzielen, erscheint vor allem im zeit- und raumspezifischen Kontext einer kapitalistischen Marktökonomie als adäquate Strategie. Dagegen zeigen historische, soziologische und ethnologische Untersuchungen, daß bäuerliche Haushalte vor dem Hintergrund ihrer partiellen Integration in partiell entwickelte Märkte nicht immer profitmaximierenden Strategien folgen.⁸ Die bäuerliche ‚duale Ökonomie‘ von gebrauchswertorientierter Subsistenzproduktion und tauschwertorientierter Marktproduktion generiert und ist generiert durch Strategien, die nicht zwingend auf die Maximierung des Profits abzielen. Alternative Strategien folgen etwa der Maximierung von Sicherheit (*Risikominimierung*) oder von der Beschwerlichkeit der Arbeit entlasteter ‚Muße‘ (*Mußpräferenz*).⁹ Für das hier skizzierte Projekt wurde, aufbauend auf der Theorie der bäuerlichen Familienwirtschaft Alexander Tschajanows, mit Hilfe des mikroökonomischen Instrumentariums eine Analysemodell entwickelt, das offen ist für die Vielfalt bäuerlicher Strategien.¹⁰ Freilich ist dabei zu bedenken, daß es sich dabei um *etische* Konzepte außenstehender Beobachter handelt; die *emischen* Konzepte, die für die Teilnehmer in der Alltagspraxis relevant sind, weichen in der Regel erheblich davon ab. Die Angehörigen bäuerlicher Haushalte denken wohl kaum in den Kategorien von Ertragsfunktionen, Indifferenzkurven oder Lohngeraden. Gleichwohl lassen sich ihre Praktiken mit diesen Begriffen beschreiben und erklären.¹¹ Ein Umstand kommt der Verwendung dieser Begriffe entgegen: Sie kehren in ähnlicher Form in zahlreichen für das Projekt relevanten Quellen wieder.

Die bisherigen Recherchen für die Voralpenstudie zeigen, daß der bäuerliche *Haushalt* eine wichtige Bezugsebene der projektrelevanten Quellen darstellt. Entlang der Bezeichnung

dens, *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*, Frankfurt/M./New York 1992; Jürgen Habermas, *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt/M. 1981. Als Anwendungsbeispiel vgl. Ernst Langthaler, *Eigensinnige Kolonien. NS-Agrarsystem und bäuerliche Lebenswelten 1938-1945*, in: Emmerich Tálos u.a. (Hg.), *NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch*, Wien 2000, 348-375.

⁸ Zur Einführung in diese international geführte Diskussion vgl. Susana Narotzky, *New Directions in Economic Anthropology*, London/Chicago 1997; Stuart Plattner (Hg.), *Economic Anthropology*, Stanford 1989; Werner Rössler, *Einführung in die Agrargeschichte*, Darmstadt 1997, 165 ff.; Martin Rössler, *Wirtschaftsethnologie. Eine Einführung*, Berlin 1999, 25 ff.; Richard R. Wilk, *Economies and Cultures. Foundations of Economic Anthropology*, Boulder/Oxford 1996; Eric R. Wolf, *Peasants*, Englewood Cliffs 1966.

⁹ Vgl. Dieter Groh, *Strategien, Zeit und Ressourcen. Risikominimierung, Unterproduktivität und Mußpräferenz – die zentralen Kategorien von Subsistenzökonomien*, in: Ders., *Anthropologische Dimensionen der Geschichte*, Frankfurt/Main 1992, 54-113.

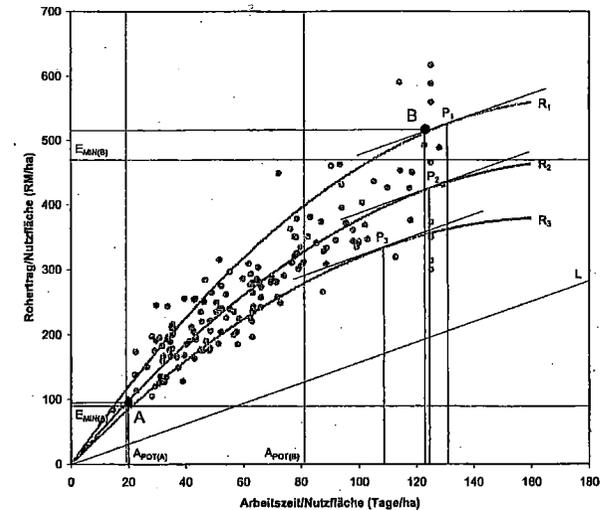
¹⁰ Vgl. Alexander Tschajanow, *Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft. Versuch einer Theorie der Familienwirtschaft im Landbau*, Frankfurt/M./New York 1987 (Nachdruck der Ausgabe Berlin 1923). Eine genauere Darstellung dieses Modells würde den Rahmen dieser Projektskizze sprengen. Zu den wichtigsten Konstruktionsprinzipien vgl. Ellis, *Peasant Households* (Anm. 6).

gen der Häuser, deren Bewohner und der angeschlossenen Grundparzellen lassen sich unterschiedliche Quellenbestände wie Betriebskarteien, Kirchen- und Meldebücher, Gerichtsakten, Grundbuch, Steuerkataster, Betriebserhebungsbögen und Ego-Dokumente zu einer computerunterstützten Meta-Quelle verknüpfen, die mehr umfaßt als die Summe ihrer Teile. Während die Zeit ab 1938 durch die „Hofkarte“ des Reichsnährstandes, die Anfang der 1950er Jahre in der „Betriebskarte“ der Landwirtschaftskammern ihre Fortsetzung fand, und die etwa 150 Protokolle der Betriebsbesichtigungen im Zuge der „Entschuldungsverfahren“ auf der Haushaltsebene umfassend dokumentiert ist, mußte für die Zeit vor 1938 auf andere Materialien zurückgegriffen werden. Dichte Informationen über die bäuerlichen Haushalte boten die etwa 10.000 Verlassenschaftsabhandlungen des Bezirksgerichtes Kirchberg an der Pielach zwischen den 1880er und 1940er Jahren. Aus den etwa hundert dicht dokumentierten Haushalten wurde ein kleineres, aus etwa zehn möglichst heterogenen Betrieben bestehendes Sample gebildet, das alle verfügbaren quantitativen und qualitativen Indikatoren enthält. Für ein größeres Sample mit etwa fünfzig Betrieben wurden einige quantitative, für die weitere Analyse wichtige Indikatoren erhoben. Während das kleinere Sample die Grundlage für detaillierte, in die Tiefe gehende Fallstudien bietet, deckt das größere Sample die Variationsbreite der Fälle ab.

Unterhalb der Haushaltsebene treten über mündliche, schriftliche und fotografische Ego-Dokumente *einzelne Akteure* hervor. Diese Materialien finden sich zumeist in Privatsammlungen oder werden, wie im Fall lebensgeschichtlicher Erzählungen, in der Kommunikation zwischen Forscher und Beforschten hergestellt. An den Briefen des Tatzgern-Bauern an Landrat und „Führer“ aus dem Jahr 1941 läßt sich die Konstruktion bäuerlicher Identitäten während der NS-Herrschaft untersuchen.¹² Narrative Interviews mit ehemaligen Bäuerinnen und Bauern, Mägden und Knechten, Tagelöhnerinnen und Tagelöhnern beleuchten ebenso wie die zahlreichen Privat- und Porträtfotografien Aspekte der bäuerlichen Welt, die im behördlichen Schriftgut kaum Erwähnung finden: Etwa die physische und psychische Gewalt gegen weibliche Dienstboten in den 1930er Jahren; das spannungsgeladene Verhältnis zwischen eingessener Altbäuerin und eingeheirateter Jungbäuerin in den 1940er Jahren; den Spott über den melkenden Bauern, der in den 1950er Jahren im Zuge der Spezialisierung auf Milchwirtschaft eine „Weiberarbeit“ übernimmt. Einblicke in die täglichen Einnahmen und Ausgaben einer Bauernwirtschaft bieten die Wirtschaftsbücher des Hofes Schlögl, die zwischen den

¹¹ Vgl. Rössler, Wirtschaftsethnologie (Anm. 8), 77 ff.

1940er und 1960er Jahren in einigen Exemplaren überliefert sind. Regelmäßige Notizen in Bauernkalendern, wie sie etwa im Hof Lueg seit den 1950er Jahren über mehrere Jahrzehnte geführt wurden, lassen ebenso wie die zahlreichen Hof- und Familienchroniken kontinuierliche und diskontinuierliche Entwicklungen erkennen. Einen außergewöhnlichen Fund stellen die Tagebücher eines ledigen Bauernsohnes über das Arbeiten und Leben auf dem Hof Oberstein aus den 1930er, 1940er und 1950er Jahren dar, die dessen Neffe bis in die Gegenwart weiterführt.



Legende: Die horizontale Achse mißt den Arbeitsaufwand pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche im Jahr 1938 in Tagen. A_{POT} gibt das familieneigene Arbeitskräftepotential des jeweiligen Haushalts an. Die vertikale Achse mißt den Hektar-Rohrertrag im Jahr 1938 in Reichsmark. E_{MN} markiert das erforderliche Mindesteinkommen des jeweiligen Haushalts, das sich aus Selbstversorgung und Aufwand zusammensetzt. Die Differenz von Mindesteinkommen und Rohrertrag ergibt den Reinertrag. Die grauen Punkte markieren die Positionen der 155 Haushalte; Ober-Hofstatt (A) und Unter-Grund (B) werden durch schwarze Punkte hervorgehoben. Aus diesen Positionen werden mittels Regression die Rohertragskurven (R_1 , R_2 und R_3) berechnet. Durch Parallelverschiebung der Lohngeraden (L) werden die jeweiligen Profitmaxima (P_1 , P_2 und P_3) ermittelt.

Die täglichen Notizen über Witterung, Arbeiten, Besuche, Erträge, Einnahmen und Ausgaben sowie Ereignisse des Dorflebens ermöglichen die Rekonstruktion kurz-, mittel- und langfristiger Veränderungen in einer bisher unerreichten Dichte. Oberhalb der Haushaltsebene bilden *Gemeinde*, *Gerichtsbezirk* und das gesamte *Produktionsgebiet* die Bezugsebenen der Agrarstatistik, der Regionalpresse und der bäuerlichen Genossenschaften. In den Zeitungsartikeln

¹² Als Fallstudie vgl. Ernst Langthaler, Die Erfindung des Gebirgsbauern. Identitätsdiskurse zwischen NS-System und voralpiner Lebenswelt, in: Ders. / Reinhard Sieder (Hg.), Über die Dörfer. Ländliche Lebenswelten in der

finden die Diskurse von örtlichen Mediatoren ihren Niederschlag, die die Expertendiskurse überregionaler Institutionen mit den Alltagsdiskursen der regionalen Leserschaft in Beziehung bringen. Die Archivalien von Produktions-, Kredit- und Konsumgenossenschaften sind fallweise in großer Dichte überliefert: Die ab dem Gründungsjahr 1927 erhaltenen Aufzeichnungen der Molkereigenossenschaft Steinklamm, die seit 1892 überlieferten Darlehensbücher der Raiffeisenkasse Frankenfels, die in verschiedenen Gemeindearchiven aufbewahrten Protokolle der Landwirtschaftlichen Kasinos.

An einem Beispiel soll nun die Verknüpfung von Theorie und Empirie, von analytischen Kategorien und verfügbaren Materialien gezeigt werden. Auf der Basis der Besichtigungsprotokolle im Zuge der „Entschuldung“ können wir für 155 Betriebe aus der Voralpenregion die Arbeitspotentiale und Rohrerträge pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche ermitteln und in ein Diagramm eintragen.¹³ Die drei Rohrertragskurven (R_1 , R_2 und R_3) markieren unterschiedliche Niveaus *technischer Effizienz*. Die Berührungspunkte der Lohngeraden (L) mit den Rohrertragskurven bezeichnen die *preisliche Effizienz*; an diesen Positionen wird der Profit, die Differenz von Output und Input, für eine gegebene Technologie maximiert (P_1 , P_2 und P_3). Diese aufwendige Prozedur zeigt ein überraschendes Ergebnis: Nur wenige Betriebe nähern sich den Profitmaxima. Das Gros der Betriebe besetzt Positionen mit geringerer Preiseffizienz – ein Indiz für nicht-profitmaximierende Strategien, für Risikovermeidung oder Mußpräferenz. Um genauere Erkenntnisse zu gewinnen, greifen wir zwei Betriebe heraus: Ober-Hofstatt in Frankenfels (A) und Unter-Grund in Rabenstein (B), ersterer in großer Entfernung, letzterer in nächster Nähe des Profitmaximums. Die beiden Betriebe liegen auf unterschiedlichen Rohrertragskurven: Ober-Hofstatt auf R_2 , Unter-Grund auf R_1 . Dafür sind zum einen ökologische Unterschiede ausschlaggebend: Ober-Hofstatt ist mit 950 Metern Seehöhe einer der höchstgelegenen Höfe im südlichen, gebirgigen Teil der Voralpenregion; Unter-Grund liegt auf etwa 500 Metern Seehöhe im nördlichen, hügeligen Teil. Entsprechend differieren Vegetationsdauer, Hangneigung, Bodenfruchtbarkeit und so fort. Zum anderen, so scheint es, praktizieren die beiden Haushalte auch unterschiedliche Technologien. Das zeigen etwa die unterschiedlichen Aufwendungen für Maschinen, Futtermittel und Handelsdünger pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Die Höfe unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich

Moderne, Wien 2000, 87-142.

¹³ Auf die umfangreichen Berechnungsgrundlagen kann hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden. Die Rohdaten stammen aus den „Entschuldungsakten“ im Niederösterreichischen Landesarchiv, Abt. VI/12, Zl. 1378-1383. Zu wichtigen Maßzahlen vgl. Land- und Forstwirtschaftliche Buchführungsgesellschaft (Hg.), Die Lage der Landwirtschaft des Bundeslandes Niederösterreich im Vergleichsjahr 1937, Wien 1948; Dies. (Hg.), Die Lage der Landwirtschaft der Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und Kärnten im Berichtsjahr 1946/47, Wien 1949.

ihrer technischen, sondern auch ihrer preislichen Effizienz. Die Leute von Ober-Hofstatt erzeugen mit einem Hektar-Rohrertrag von 94,8 Reichsmark kaum mehr, als der Mindestbedarf der kinderreichen Familie erfordert; der Hektar-Reinertrag von 3,9 Reichsmark liegt weit unter dem regionalen Durchschnitt. Dabei finden sie mit dem Arbeitspotential des Besizerhepaares nahezu das Auslangen. Dagegen weist das Betriebsergebnis von Unter-Grund bei einem Hektar-Rohrertrag von 516,4 Reichsmark den überdurchschnittlichen Hektar-Reinertrag von 44,3 Reichsmark aus. Zusätzlich zum ledigen Besitzer und dessen verwitwetem Vater arbeitet eine Magd seit Jahrzehnten auf dem Hof. Ein genauerer Blick zeigt unterschiedliche Strategien im Umgang mit den verfügbaren Ressourcen:

- extensive versus intensive Bodennutzung: Nahezu zwei Drittel der knapp 26 Hektar großen Nutzfläche von Ober-Hofstatt werden als Weide genutzt (64,1 Prozent); auf Unter-Grund hingegen umfassen Acker (57,4 Prozent) und Wiese (33,8 Prozent) mehr als neun Zehntel der 6 Hektar großen Nutzfläche.
- extensiver versus intensiver Viehbesatz: Die Rinderzahlen pro Hektar Nutzfläche bzw. Wiesenfläche betragen für Ober-Hofstatt 0,2 bzw. 1,5 für Unter-Grund 1,0 bzw. 2,9. Dabei scheint sich Unter-Grund auf Marktprodukte zu spezialisieren: Milchlieferung, Schweinemast, Stiermast.
- extensiver versus intensiver Einsatz von Arbeitskraft: Die Zahl der jährlichen Arbeitstage pro Hektar differiert zwischen Ober-Hofstatt (20 Tage) und Unter-Grund (123 Tage).
- extensiver versus intensiver Einsatz von Sachkapital: Die Hektar-Aufwendungen für Maschinen, Futtermittel und Handelsdünger betragen in der Bilanz von Ober-Hofstatt weniger als die Hälfte des Betrages von Unter-Grund.
- extensiver versus intensiver Einsatz von Krediten: Die Hektar-Verschuldung von Ober-Hofstatt (76,8 Reichsmark) beträgt ein Zwanzigstel jener von Unter-Grund (1.621,0 Reichsmark). Die Schulden des Unter-Grund-Bauern entstanden zu einem großen Teil durch die Vergrößerung des Stalles im Jahr 1928 – kurz nachdem im Ort eine Molkereigenossenschaft gegründet wurde, die vor allem den Wiener Markt belieferte.

Vergleich der Erträge der beiden Betriebe um 1938

| | Ober-Hofstatt (A) | Unter-Grund (B) |
|------------------|-------------------|-----------------|
| | RM/ha | RM/ha |
| Rohrertrag | 94,84 | 516,4 |
| Selbstversorgung | 37,94 | 239,4 |
| Marktproduktion | 56,90 | 277,1 |
| Aufwand | 53,00 | 232,8 |
| Reinertrag | 3,90 | 44,3 |

Vergleich der beiden Betriebsbilanzen um 1938

| | Ober-Hofstatt (A) | | Unter-Grund (B) | |
|------------------|-------------------|---------|-----------------|---------|
| | RM /ha | Prozent | RM/ha | Prozent |
| Rinder | 46,96 | 82,5 | 131,15 | 47,3 |
| Milch | 0,00 | 0,0 | 98,36 | 35,5 |
| Butter | 8,57 | 15,1 | 0,00 | 0,0 |
| Schweine | 0,00 | 0,0 | 32,79 | 11,8 |
| Sonstiges | 1,36 | 2,4 | 14,75 | 5,3 |
| Marktproduktion | 56,90 | 100,0 | 277,05 | 100,0 |
| Löhne | 1,17 | 2,2 | 106,56 | 45,8 |
| Düngemittel | 3,90 | 7,4 | 16,39 | 7,0 |
| Futtermittel | 2,14 | 4,0 | 9,84 | 4,2 |
| Maschinen/Geräte | 0,00 | 0,0 | 8,20 | 3,5 |
| Steuern | 6,04 | 11,4 | 16,39 | 7,0 |
| Lebenshaltung | 25,33 | 47,8 | 24,59 | 10,6 |
| Sonstiges | 14,42 | 27,2 | 50,82 | 21,8 |
| Aufwand | 53,00 | 100,0 | 232,79 | 100,0 |
| Reinertrag | 3,90 | | 44,26 | |

Wir sehen schon: Die beiden Haushalte folgen wohl unterschiedlichen Strategien des bäuerlichen Wirtschaftens. Ober-Hofstatt setzt die vorhandenen Ressourcen in extensiverer Weise ein, wendet eine weniger produktive Technologie an und agiert weit entfernt vom Profitmaximum. Dagegen praktiziert Unter-Grund einen intensiveren Ressourceneinsatz, verfügt über eine produktivere Technologie und maximiert den Profit über den Einsatz „familienfremder“ Arbeitskraft. Extensivierung, geringe technische Effizienz und geringe Preiseffizienz lassen auf eine nicht-profitmaximierende Strategie schließen, etwa Mußpräferenz oder Risikominimierung. Hingegen verweisen Intensivierung, hohe technische Effizienz und hohe Preiseffizienz auf die Strategie der Profitmaximierung. Die Äußerungen der Gutachter der Landstelle Wien, die 1938 die „Entschuldungswürdigkeit“ der Betriebsbesitzer prüften, bestätigen diese Vermutung: Die Ober-Hofstatt-Leute wirtschafteten „sehr fleißig und tüchtig“; die „sehr strebsamen, fleißigen Leute“ von Unter-Grund erweckten einen „sehr guten Eindruck“. „Fleiß“ und „Strebsamkeit“ bezeichnen im zeitgenössischen Diskurs der Agrarbürokratie, vielleicht auch in der alltäglichen Rede der Bauern, unterschiedliche Tugenden: Der ‚fleißige Bauer‘ trachtet unter teils widrigen Umständen danach, das aus der Vergangenheit gewohnte Bedürfnisniveau zu halten; der ‚strebsame Bauer‘ orientiert sich mit Blick auf die Zukunft an gesteigerten Bedürfnissen. Dieser flüchtige Vergleich deutet im Kleinen eine Richtung der

‚großen Transformation‘ der voralpinen Landwirtschaft an: Den Übergang von einer diversifizierten, extensiven Acker- und Viehwirtschaft auf familienwirtschaftlicher Basis zur spezialisierten, intensiven Grünlandwirtschaft, die nicht zwingend die Verehelichung des Betriebsinhabers voraussetzt. Neben dieser diachronen Perspektive zeigt der Vergleich aber auch in synchroner Hinsicht die je nach Haushalt unterschiedlichen Strategien. Die Gleichzeitigkeit von ‚traditionalen‘ und ‚modernen‘ Praktiken stellt das Klischee von der ‚Rückständigkeit‘ der Bergbauern des Voralpengebiets in Frage.¹⁴

Wie können wir die Variation bäuerlicher Strategien im Zuge der ‚großen Transformation‘ des 20. Jahrhunderts erklären? Großtheorien der Moderne behaupten die ‚Entbettung‘ der Ökonomie in soziokulturellen Kontexten (Karl Polanyi), die ‚Ausdifferenzierung von gesellschaftlichen Subsystemen‘ (Max Weber), die ‚Entkoppelung von System und Lebenswelt‘ (Jürgen Habermas).¹⁵ Demzufolge überformen die Imperative des bürokratischen Nationalstaats und der kapitalistischen Marktwirtschaft die bäuerlichen Strategien im Verlauf der Moderne. Solchen groben Kategorien entgeht die Feinmechanik der ‚Kolonialisierung‘ der bäuerlichen Lebenswelten. Statt von ‚der Modernisierung‘ ist von ‚vielschichtigen und langfristigen Transformationsprozessen mit regionalen und lokalen Ausprägungen‘ auszugehen.¹⁶ Theorien geringer und mittlerer Reichweite bieten ein feineres Instrumentarium für die Rekonstruktion des agrarischen Wandels.¹⁷ Das Modell der *Induktion technischen Wandels* setzt an ökonomischen Bedingungen an: Der Kostenrelation unterschiedlicher Ressourcen, etwa Arbeit und Kapital. Eine relative Steigerung der Kosten des Faktors Arbeit bewirkt dessen Substitution durch den Faktor Kapital. Die Anschaffung arbeitssparender, aber kapitalintensiver Maschinen setzt eine Kette von Sachzwängen in Gang: Kreditabhängigkeit, Effizienzsteigerung, Betriebswachstum, Spezialisierung, Marktorientierung und so fort. Das Modell der *Diffusion von Innovationen* fokussiert auf soziale Bedingungen: Auf den sozialen Status einer

¹⁴ Zur Rolle bäuerlicher Haushalte als Triebkräfte der Agrarmodernisierung im 19. Jahrhundert vgl. Michael Kopsidis, *Marktintegration und Entwicklung der westfälischen Landwirtschaft 1780-1880. Marktorientierte ökonomische Entwicklung eines bäuerlich strukturierten Agrarsektors*, Münster 1996.

¹⁵ Vgl. Groh, *Strategien* (Anm. 9), 54 ff.

¹⁶ Clemens Zimmermann, *Ländliche Gesellschaft und Agrarwirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Transformationsprozesse als Thema der Agrargeschichte*, in: Ders./Werner Troßbach (Hg.), *Agrargeschichte. Positionen und Perspektiven*, Stuttgart 1998, 137-163, hier 140.

¹⁷ Zu unterschiedlichen Forschungsparadigmata vgl. Ernst Langthaler/Reinhard Sieder, *Die Dorfgrenzen sind nicht die Grenzen des Dorfes. Positionen, Probleme und Perspektiven der Forschung*, in: Dies. (Hg.), *Über die Dörfer. Ländliche Lebenswelten in der Moderne*, Wien 2000, 7-30. Zu modernen Theorien des agrarischen Wandels vgl. Ulrich Planck/Joachim Ziche, *Land- und Agrarsoziologie. Eine Einführung in die Soziologie des ländlichen Siedlungsraumes und des Agrarbereichs*, Stuttgart 1979, 331 ff., und, aus konträrer Perspektive, Frederick H. Buttel/Howard Newby (Hg.), *The Rural Sociology of the Advanced Societies: Critical Perspectives*, Montclair - London 1980. Zur postmodernen Theoriebildung vgl. Michael Kearney, *Reconceptualizing the Peasantry: Anthropology in Global Perspective*, Boulder 1996. Ein komplexes Modell gesellschaftlicher Evolution skizziert Larry N. Naylor, *Culture and Change. An Introduction*, Westport/London 1996, 37 ff.

technologischen Avantgarde. Eine lokale, innovationsfreudige Minderheit veranlaßt über ihren hohen Rang im sozialen Gefüge die Mehrheit, technologische Innovationen sukzessive zu übernehmen. Das Modell der *Rationalisierung des Bewußtseins* rückt kulturelle Bedingungen in den Vordergrund: Machtvolle Diskurse, die Bilder wie den ‚rationalen Landwirt‘ entwerfen, zwingen über überlokale Medien und lokale Mediatoren die Akteure, sich diese Entwürfe einzuverleiben. Indem diese Modelle die Analyse des agrarischen Wandels nach bestimmten Dimensionen orientieren, lenken sie gleichzeitig von anderen ab. Das erfordert eine kritische Reflexion dieser Ein- und Ausblendungen. Gemeinsam ist diesen Modellen, daß sie die Frauen und Männer eher als Objekte denn als Subjekte des agrarischen Wandels zeichnen. Besondere Aufmerksamkeit gilt im vorliegenden Projekt daher der Frage, wie sich bäuerliche Akteure die Anreize und Zumutungen des Systems in lebensweltlichen Kontexten *aneignen*.¹⁸

Anschrift des Verfassers: Dr. Ernst Langthaler, NRS – Netzwerk für Regionalstudien, A-3213 Frankenfels, Markt 17, Tel. +43-2725-649, E-Mail ernst.langthaler@telering.at, Website <http://members.telering.at/nrs>.

¹⁸ Zum alltagsgeschichtlichen Konzept der „Aneignung“ vgl. Alf Lüdtke, Einleitung: Was ist und wer treibt Alltagsgeschichte?, in: Ders. (Hg.), *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt/M./New York 1989, 9-47.

TAGUNG

Holzversorgung als kommunale Aufgabe. Stadt und Wald im 18. und 19. Jahrhundert am 5./6. April 2001 in Grainau/Oberbayern.

Ein Tagungsbericht (aus H-SOZ-U-KULT)

von Hartmut Ellrich

So lautete der Titel einer umweltgeschichtlichen Tagung der DFG, die das Historische Seminar der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität im Rahmen des gleichnamigen DFG-Projektes am 5. und 6. April 2001 in Grainau/Oberbayern durchführte. Unter der Leitung von Prof. Dr. Wolfram Siemann (Abteilung Neueste Geschichte und Zeitgeschichte) trafen sich Wissenschaftler aus Deutschland und Österreich zum gegenseitigen Gedankenaustausch. Schwerpunktartig konzentrierten sich die Vorträge auf den süddeutsch-alpenländischen Raum, wobei verschiedene Städtetypen in der Umbruchzeit vom 18. zum 19. Jahrhundert vorgestellt wurden, darunter der Typus der ständischen Stadt Klagenfurt, der geistlichen Residenzstädte Passau, Salzburg und Würzburg, der freien Reichsstädte Nürnberg und Regensburg sowie der Haupt- und Residenzstadt München. Analysiert wurde ferner der Funktionswandel stadtnaher Wälder vom frühneuzeitlichen Nährwald und Energielieferanten zum forstwirtschaftlichen Nutz- und Erholungswald der industriellen Epoche. Zudem konzentrierten sich die Vorträge auf die Frage, welchen Einfluß die Phasen großen Nutz- und Brennholzbedarfs (beispielsweise bei Großbauten, nach Großbränden oder in langen und kalten Wintern) auf den Holzmarkt und damit auf Holzanbieter und Holzkonsumenten hatten. Über die eigentlichen umweltgeschichtlichen Aspekte hinaus ergaben sich neue Erkenntnisse im Bereich der politischen Geschichte, der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, der Stadtgeschichte und der Armenversorgung.

Waldnutzung, Holzversorgung und Parkbau im Passau des 18. Jahrhunderts bildete ein Thema, dem sich PD Dr. Bernhard Loeffler (Passau) widmete. Loeffler skizzierte den Typus der geistlichen Residenzstadt, der ein eigenes Patriziat fehlte, die sich durch ihren Waldreichtum nahe der Stadt und die Lage an den Flüssen Donau, Inn und Ilz auszeichnete. Neben dem Neuburger Wald wies insbesondere das Abteiland eine dünne Besiedlung auf. Der Wald blieb, mit Ausnahme von Glashütten, sich selbst überlassen, wurde nicht systematisch genutzt und diente als Jagdwald. Bis Mitte des 18. Jahrhunderts fand kein eigentlicher Holzhandel

statt. Erst das Anwachsen der städtischen Bevölkerung von 6.000 auf 9.000 Einwohner führte zu einer Intensivierung der Passauer Holzwirtschaft. 1762 entstand eine erste Forstordnung. Größter Holzabnehmer war die Stadt (Bürger und Einwohner) gefolgt von bischöflichen/geistlichen Instanzen. Eine Konkurrenz für die Bewohner und Gewerbe des Umlandes entstand nicht. Aufgrund der geringen Bevoelkerungsdichte konzentrierte sich die Holzversorgung auf die Stadt. Das Passauer Handwerk verfügte mit Ausnahme des Schoppengewerbes (Schiffbau) und der Brauereien über keine größeren Gewerbe. Bauholz wurde v.a. für den Brückenbau und teilweise auch für den Hausbau benötigt. Stadtbrände führten hier zu einer Verordnung zum Bau von Steinhäusern.

Neben die stadtnahe Holzversorgung trat ab den 1720er Jahren die bis dahin verbotene Schwemmholtztrift, deren Hauptschlagader die Ilz und der Triftkanal bildeten. 1760 entstand ein Holzmagazin, das Brennholz an- und billig verkaufte. Knapp 90% dieses Holzes kamen aus Bayern, der Rest aus dem Hochstift Passau. Ende des 18. Jahrhunderts trat ein Wandel im Umgang mit dem Wald ein. Aus dem Jagd- und dem Holznutzungswald wurde allmählich ein „Erholungswald“. Keine Rolle spielte der Landwirtschaftswald. Sichtbares Zeichen des „Erholungswaldes“ bildete der nach englischem Vorbild errichtete Park „Freundenhain“, der den Passauer Wald in seine künstlich überformte Natur miteinbezog und der Freude und Bildung diene.

Dr. Christoph Sonnlechner (Wien) referierte zum Thema *Räumlich konzentrierter Verbrauch von Holz. Das Beispiel der Saline Hallein vom 16. bis 18. Jahrhundert*. Sonnlechner, der im Rahmen eines Projektes zu „Umwelt und Verwaltung in der frühen Neuzeit“ eine der bedeutendsten Salinen Mitteleuropas in Hallein bearbeitete und untersuchte, gab den Anstoß, den Zusammenhang zwischen Salinenwirtschaft und städtischer Holzversorgung näher zu analysieren. Bereits 1524 war im Erzbistum Salzburg eine erste Waldordnung erlassen worden, deren nahezu einziger Zweck darin bestand, die Saline Hallein mit Holz zu versorgen, und die zugleich versuchte, andere Nutzungen zu unterbinden. Statt multifunktionaler Nutzungen sollte eine Nutzungsentflechtung herbeigeführt werden. Sogenannte Waldmeister erhielten die Aufgabe, Waldnutzungen und Rechtsverhältnisse zu beschreiben, schriftliche Nachweise über Rechtsverhältnisse beizubringen und einen Beständeüberblick aller Wälder anzulegen. Im Falle fehlender rechtlicher Nachweise sollten die Wälder an den Landesherrn fallen, der damit auf ‚Reservewälder‘ bei Holzverknappung zurueckgreifen konnte. Beachtenswert waren die frühen Ziele einer protoindustriellen Entwicklung: Nutzen- und Gewinnmaximierung. Noch im 16. Jahrhundert erfolgte die Anlage von Stockurbaren und die Neube-

stimmung des Einheitswertes. Die Waldordnung von 1592, die mit einigen Änderungen im 17. Jahrhundert auch 1713 noch gültig blieb, gibt Aufschlüsse über die Organisation der Holzversorgung des Salinenwesens. Neben der zentralen Oberstwaldmeisterei in Salzburg versahen Gerichte in Ämterkumulation die regionale Verwaltung der Unterwaldmeistereien, während die Untertanen als Waldhüter und Förster die unterste Ebene bildeten. Sie erhielten Ehrungen und Trinkgelder, jedoch keinen Lohn für ihre Arbeit. Private Holzunternehmer versahen Schläge und Bringung des Holzes. Der Holzeinschlag erfolgte im Herbst/Winter, die Trift, als nahezu einzige Transportmöglichkeit im Frühjahr. Mit Blick auf den Brennholzbedarf der Saline Hallein stand seit dem 16. Jahrhundert die Aufzucht von Nadelwäldern im Mittelpunkt. Holz, das weder von der Saline noch vom Landesherrn genutzt werden konnte, stellte man der Bevölkerung gegen ein Entgelt zur Verfügung. Unrentable Flächen wurden gerodet und auf den Flächen Getreide angebaut.

Der Vortrag von PD Dr. Jörn Sieglerschmidt (Mannheim) widmete sich dem Thema *Holz als zentrale Ressource der Vormoderne - Der Holzbedarf frühneuzeitlicher Städte im Bodenseeraum*. Sieglerschmidt lieferte einen grundsätzlichen umwelthistorischen Überblick über das vorindustrielle Gleichgewicht zwischen Ansprüchen und Ressourcenverbrauch, das vom Vorhandensein von Holz und Wasser und der Verfügbarkeit von Stickstoff, Fetten und Eiweißen abhängig war. Mit Blick auf die Basisinnovationen des 19. Jahrhunderts wurde etwa der Energiebegriff zunehmend eingeschränkt und ließ die Bedeutung des menschlichen wie tierischen Muskels als energetischer Grundlage nach. Neben holzver- und gebrauchenden Gewerken verwies Sieglerschmidt v.a. auf das Holz als thermische Grundlage und die Existenz von über 50 Berufen, von denen über 20 erheblich vom Holz abhingen. Daneben wurde die regionale Differenzierung hervorgehoben, die mit Blick auf die unterschiedlichen Waldnutzungen städtischer und dörflicher Siedlungen keine generelle Beurteilung möglich macht. Im Gegensatz zum waldreichen Süden sicherten die norddeutschen Städte ihre Bau- und Brennholzversorgung durch Holzimporte aus Skandinavien und Russland. Rund zwei Drittel der Kosten mußte eine Kommune für die Holzbeschaffung aufwenden.

Ein zweiter Teil beleuchtete die Situation im Bodenseeraum, wobei auf längere Rechnungsserien zur Organisation von Holzversorgung und -abgabe in Konstanz/Radolfzell eingegangen wurde. Besondere Bedeutung erlangte das Holz in Konstanz als Mittel der Landesverteidigung (Pallisadenbau). Erhaltene Zolllisten geben hier Aufschlüsse über die Verschiffung des Holzes im Konstanzer Einzugsbereich (Montfort'sches Gebiet um Tettnang). Anhaltspunkte über die Abgabe von Deputathölzern (Brenn- und Bauholz) zum verminderten

Preis vermitteln sogenannte Holzentnahmeordnungen. Im untersuchten Gebiet existierten keine nennenswerten Großgewerbe, so daß die Waldflächen neben der Sicherung des Eigenbedarfs offenbar auch für Holzverkäufe genutzt wurden. Mit Blick auf den Hegau hat der Holzbedarf unter dem gelegen, was man hätte entnehmen können. Der Getreideanbau war der einzige Konkurrent des Waldes.

Martin Knoll, M.A. (Regensburg) skizzierte mit seinem *Referat Regensburg, der Reichstag, der Kurfürst und das Holz im späten 18. Jahrhundert* den Typus der freien Reichsstadt und zugleich ein Territorium, das in seiner isolierten Lage und dem kleinen waldlosen Burgfrieden von der Wirtschafts- und Zollpolitik Bayerns abhängig blieb. Die Ressource Holz bildete ein Importgut, das v.a. aus der Region Kelheim und dem Bayerischen Wald herbeigeschafft wurde. Bayern kontrollierte die „Donauschiene“ und damit die reichsstädtische Holzversorgung Regensburgs. 20.000 Einwohner, darunter kaum produzierendes Gewerbe, waren der Be- und Verhinderung der Holzversorgung durch Bayern unterworfen. Handwerker, wie etwa Küfer, wurden an das Holzinspektionsamt Lechhausen (bei Augsburg) verwiesen. Die Mautordnung von 1765 brachte eine geregelte Einfuhr, führte jedoch zugleich zu einer Bürokratisierung und, ab 1767, zu einer systematischen Mengenerfassung und -reduzierung. Statt des innerhalb der Stadt gelegenen Holzgartens trat mit der Errichtung des auf kurbayerischem Territorium gelegenen Rainhausener Holzhofes eine weitere Verschlechterung der kommunalen Holzversorgung ein. Hierzu gehörten: 3.000 Schritte Umweg, der Achstransport des Holzes über die Donaubrücke und die Reduktion von 40 auf 15 zugelassene Schiffer, die den Holzhof ansteuern durften. Bemerkenswert ist, daß Bayern auch Reichstagsgesandtschaften in der Holzversorgung blockierte, die von den Gesandtschaften errechneten Bedarfsmengen reduzierte, die Preise des Holzes diktierte und damit wohl versuchte, den Reichstag aus Regensburg hinaus zu drängen.

Über die *Städtische Verfassung und Holzversorgung in Nürnberg um 1800* referierte Dr. Nils Freytag (München). In Anbetracht einer „verknöcherten“ Verfassungs- und Gesellschaftsstruktur der freien Reichsstadt fiel schon zahlreichen Zeitgenossen der schlechte Zustand der Nürnberger Reichswälder auf. Der stadtnahe Versorgungswald wie die zentrale Ressource Holz gerieten zum Brennpunkt eines Machtkonfliktes in den reichsstädtischen Gemeinwesen. Die Auseinandersetzungen zwischen alteingesessenen stadttadeligen Familien und aufstrebendem Wirtschaftsbürgertum fanden statt auf den Ebenen von Waldgutachten, Forstverwaltung und in Öffentlichkeit. Die reformorientierten Kräfte etwa vernahmen Forstpersonal und Bauern über den Waldzustand und verschafften sich einen eigenen Überblick. Lang-

fristiges Ziel bildete die Steigerung der Ertragskraft des Waldes, wozu Holz gespart und Verschwendungen vorgebeugt werden mußte. Die Magistratsmitglieder wiesen dagegen auf das schädliche Handeln von Holzberechtigten und die Nebennutzungen hin; sie lehnten jede Verantwortung für den schlechten Waldzustand ab. Daneben rangen alle Beteiligten hartnäckig um die Kontrolle der städtischen Forstverwaltung. Den öffentlichen Streit um das Holz und den Wald dokumentieren Flugschriften und Pasquillen. Die nahegelegenen Versorgungswälder und das dichte städtische Kommunikationsnetz bildeten eine entscheidende Grundlage dieser herausragenden Breitenwirkung des Streites um das Holz. Der Blick auf den Wald, der mitten ins Geschehen führt, bietet neue Erkenntnisse über die Reichweite reformerischen Handelns einer Reichsstadt am Ende des Heiligen Römischen Reiches. Neben dem heiß umstrittenen Gegenstand der politischen Partizipation geriet der Umbruch in der städtischen Holzversorgung zum Brennpunkt öffentlicher Auseinandersetzungen und zum Fokus von Verfassungskonflikten im Interessengeflecht von städtischen Institutionen und staatlichen Akteuren.

Aus umweltgeschichtlicher Perspektive fällt die Waldentwicklungsbilanz des Nürnberger Verfassungstreites keinesfalls nur negativ aus, lassen sich hier doch erste Ansätze einer obrigkeitlich gelenkten und gewollten Auf- und Umformung nach modernen forstwissenschaftlichen Prinzipien ausmachen. Daraus resultierende soziale und gewerbliche Folgekosten sollte ein städtisches Holzmagazin auffangen.

Über *Holznutzung in der Hofer Region im 18. und 19. Jahrhundert* sprach Dr. Arnd Kluge (Hof). Die Region, die vom 14. bis 18. Jahrhundert zum Gebiet der Burggrafen von Nürnberg gehörte, wurde 1810 bayerisch. Aufgrund schlechter ackerbaulicher Voraussetzungen herrschte der Waldbau vor. Das Tagebuch des Hofer Apothekers Wallburger aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts liefert erste Hinweise auf den örtlichen Holzhandel, wie den Verkauf von Holzkohle (aus rund 60 km Entfernung), Flößholz (aus Rehau und Schönwald) und Holz aus Bauernwäldern. Gehandelt wurde Bau- und Brennholz. Der Hausbau der Region bestand bis Ende des 18. Jahrhunderts größtenteils aus Blockbauten. Erst 1810 wurde staatlicherseits die Steinbauweise geregelt. Größter Holzkonsument war der Bergbau. Während Steinkohlen exportiert wurden, erschloß man die reichen Torflagerstätten und die Braunkohle erst nach 1800. Gerechthölzer bildeten die Abgaben des Lehns-/Landesherrn an die Bevölkerung, wobei die Abgabe gegen einen Zins oder als Gnadenholz erfolgte. Die sogenannten „Trüpfhäusler“, deren Grundstück mit dem Dachgiebel endete, verkauften häufig ihr Holzrecht und versorgten sich stattdessen mit Astholz und Reisig. Die Holzfernversorgung

der Hofer Region erfolgte durch die Trift und ein System örtlicher Versorgungsgebiete (Frankenwald bis 20. Jahrhundert; Fichtelgebirge bis 18. Jahrhundert). Holzersatzstoffe wurden bis Mitte des 19. Jahrhunderts nicht verwendet. Erst der Eisenbahnbau ab 1851 und damit verbundene Steinkohlenimporte und die 1865 erfolgte Erschließung der tschechischen Braunkohle ermöglichten, so Kluge, die industrielle Entwicklung des Raumes.

Prof. Dr. Winfried Schenk (Tübingen) analysierte *Die Versorgung der Stadt Würzburg im 18. und 19. Jahrhundert mit Brennholz*. Schenk stellte fest, daß die geistliche Residenzstadt nicht aus den stadtnahen, vom Fürstbischof kontrollierten Wäldern, sondern aus sogenannten „fremdherrischen“ Wäldern (z.B. aus hessischen, hanauischen, thüringischen und fuldischen Wäldern) ihr Holz bezog. Dieser Umstand bildete ein Charakteristikum der Stadt Würzburg, die über kein eigenes Holz verfügte. 1733 war das Würzburger Oberforstamt reorganisiert, eine Regulierung der Entnahme vorgenommen worden. Die Brennholzabgabe erfolgte nun nur noch klafterweise, statt vordem als Morgenholz. Man wollte damit eine bewußte Brennholzentnahme erreichen, denn die hochstiftischen stadtnahen Wälder waren Anfang des 18. Jahrhunderts v.a. infolge des Festungsbaues ausgeplündert. Ende des 18. Jahrhunderts kamen 85 bis 90 Prozent des Holzes von außerhalb. In der Holzversorgung Würzburgs sind zwei Phasen zu unterscheiden: 1.) merkantilistische Phase der Holzversorgung bis 1830, 2.) Ende der ‚Feudalzeit‘ im Wald (ab 1830 Privatisierung des Holzhandels). In der ersten Phase erfolgte der Holzerwerb durch die Stadt Würzburg, während Holzeinschlag und Transport in privater Hand lagen. Bemerkenswert war der Umstand, daß das Holz ab Gemülden mainaufwärts getreidelt wurde. In Würzburg nahmen es Unterhändler, die sogenannten „Kaerner“, in Empfang, um es zum Holzgarten zu karren. In der zweiten Phase erfolgte der Verkauf des Holzes dann erst in Würzburg selbst, während alte Kartelle (aus bayerischem Staat und regionalen bzw. lokalen Holzhändlern) weiterbestanden. Bis 1830 hatten die bestehenden Holzmagazine eine Pufferfunktion, stellten jedoch keine Problemlösung der Würzburger Holzversorgung dar. Erst durch Kohle und Eisenbahn, so Schenk weiter, hat sich die Versorgungssicherheit Würzburgs verbessert.

Dr. Elisabeth Johann (St. Margareten) untersuchte *Die Holzversorgung Klagenfurts im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert*. Die Stadt selbst verfügte seit 1518 über eine einmalige Stellung, wurde sie doch von Herzog Albrecht II. den Landständen geschenkt; sie stellt daher den seltenen Typus einer ständischen Stadt dar. Die Landstände verpflichteten sich dafür, den Festungsausbau zu forcieren, errichteten einen Landkanal und erließen Verordnungen, die den Steinbau innerhalb der Stadt beschleunigen sollten. Zu den Besonderheiten Klagen-

furts noch im 18. Jahrhundert gehörten der landschaftseigene Wald zur Versorgung der Ämter. Demgegenüber mußten sich Adel und grundbesitzende Bürger selbst versorgen, während das Militär eine eigene Versorgung unterhielt. Die Holzversorgung der Stadt erfolgte über den Würthersee und den Ländkanal. Die Seeschifffahrt bildete ein, teils verpachtetes Monopol der Landstände. Ab 1735 konnten waldbesitzende Bauern, die vordem ihr Holz an die Landstände verkauft hatten, auf diesem Weg eigenes Holz zum Verkauf in die Stadt bringen. Mit der Aufhebung der Zunftgebundenheit des Holzhandels Ende des 18. Jahrhunderts nahm die Konkurrenz zwischen den Schiffen der Landschaft und denen der Bauern zu. Handelshäuser sollten im Auftrag der Landstände Holz nach Klagenfurt transportieren. 1792 bis 1796 errichteten die Landstände innerhalb der Stadt ein Holzmagazin, das die Holzbeschaffung durch die Bürger ermöglichte. Gleichzeitig wurde der Holzhandel in einem genau definierten Umkreis um die Stadt verboten. Der Magazinplatz bildete nun den zentralen Verkaufsort des Klagenfurter Holzes, führte zu einer Steigerung des Angebots und zu festen Preisen. Verluste, die beim Hacken (statt Sägen) des Holzes entstanden, der Ankauf nassen und der Abgabe trockenen Holzes, die Überschätzung des Marktes und die Faszination der Stände für ‚Großprojekte‘ bei fehlenden finanziellen Möglichkeiten bewirkten letztlich das eklatante wirtschaftliche Scheitern des Klagenfurter Holzgartens.

Dr. Wolfgang Piereth (München) analysierte die *Staatliche Forstpolitik und städtische Holzversorgung im vormärzlichen Bayern* und betonte dabei die besonders angespannte Situation im bayerischen Nordwesten. Überall in Bayern stieg der Holzpreis in den 1830er Jahren signifikant, was zu einer angespannten Situation besonders der „unbemittelten Klasse“ führte. Vor dem Hintergrund der französischen Julirevolution von 1830 versetzten den Hof die Meldungen über Holzteuerung in „hektische Betriebsamkeit“, zumal sich größere Teile der Wälder in staatlichem Besitz befanden und das Problem der Holzversorgung als „originale staatliche Aufgabe“ wahrgenommen wurde. Eine Kommission aus Ministerialbeamten und Fachleuten und einem speziell zur Bekämpfung der Holzteuerung eingesetzten Beauftragten sollte Abhilfe schaffen. Die Frage nach dem Grund des starken Holzpreisanstiegs in den 1830er Jahren faßte Piereth in vier Punkten zusammen: 1.) enormer Bevölkerungsanstieg (besonders in den Städten) durch Geburtenüberschuß und Zuwanderung; 2.) gewerblich-industrieller Aufschwung parallel zum Bevölkerungsanstieg; 3.) Bayerns Beitritt zum Zollverein; 4.) neue Formen des Holzhandels durch „freie Holzverkäufe“ von Waldbesitzern, wie Staat, Gemeinden, Stiftungen und Privatleuten. Insbesondere der Beitritt zum Zollverein führte zum Holztransport außer Landes und letztlich zum Preisanstieg in Bayern. So etwa wurden Holzmärkte

in Unterfranken zeitweilig kaum oder gar nicht befahren. Die städtischen Klagen über die schlechtere Holzversorgung waren jedoch Teil einer viel umfassenderen Kritik der Ständevertreter an den Folgen der von Seiten des Staates eingeleiteten Deregulierung und Liberalisierung. Verzichtsparen, eine rationellere Art der Verwendung des Holzes (z.B. bei Sparöfen) und die Verwendung von Holzsurrogaten (Kohle/Torf) bildeten die Strategien der Krisenbewältigung. Hierzu wurden Preisausschreiben ausgelobt und neue Erkenntnisse in den landwirtschaftlichen und polytechnischen Vereinen verbreitet. Strittig war hingegen die Forderung der Städte nach fixen Preisen, um den Holzversteigerungen und Preistreibereien entgegenzuwirken. Hier gab es Konflikte zwischen dem um ‚Ruhe und Ordnung‘ besorgten Innenministerium und dem für die Forstverwaltung zuständigen Finanzministerium, aber auch generell zwischen Staat und Ständen, schließlich ging es darum, wer in Zukunft die ‚richtige‘ Forstpolitik zu bestimmen hatte. Am Ende regte Piereth an, das bislang vernachlässigte Verhältnis von Stadt und Staat im Deutschland des 19. Jahrhunderts über einen längeren Zeitraum und in seiner Wechselwirkung am Beispiel der städtischen Holzversorgung im Vormärz näher zu beleuchten. Faßbar werden so umweltgeschichtliche Aspekte (Forstpolitik), politikgeschichtliche Themen (Durchsetzbarkeit staatlicher Normen vor Ort), mentalitätsgeschichtliche Gesichtspunkte (Holzsubstitution), wirtschaftsgeschichtliche Probleme (Marktordnung; Deregulierung) und sozialgeschichtliche Perspektiven (Wohlfahrtskompetenz).

Ein Tagungsband zum Thema ist in Vorbereitung. Voraussichtlich erscheint er 2002 als Beiheft der Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte.

**Erste Tagung des Irseer Arbeitskreises für vorindustrielle
Wirtschafts- und Sozialgeschichte
Tagungsbericht**

von Irmgard Schwanke

Vom 23. bis 25. März 2001 fand in der Schwabenakademie Irsee die erste Tagung des Irseer Arbeitskreises für vorindustrielle Wirtschafts- und Sozialgeschichte statt, der unter der Leitung von Mark Häberlein (Freiburg i. Br.), Markwart Herzog (Irsee), Christof Jeggle (Berlin) und Rainer Jehl (Irsee) steht. Auf der diesjährigen Tagung, die von M. Häberlein, M. Herzog

und Chr. Jeggle vorbereitet wurde, beschäftigten sich rund 35 Teilnehmer/-innen mit *Minderheiten in der frühneuzeitlichen Wirtschaft*.

Über das eigentliche Thema hinaus war es ein wesentliches Ziel der Tagung, programmatische Überlegungen zur Tätigkeit des Irseer Arbeitskreises anzustellen. Damit befaßte sich der Vortrag von Christof Jeggle (Berlin) *Einführung in Ziele und Aufgaben des Irseer Arbeitskreises*. Jeggle ging zunächst auf ‚problematische Erbschaften‘ ein, die das Fach von der älteren vorindustriellen Wirtschafts- und Sozialgeschichte übernommen habe. Insbesondere kritisierte er die Vernachlässigung der Erarbeitung tragfähiger Konzepte und Methoden und betonte, daß sich die Sozialgeschichte zwar gegenüber ihrem ursprünglichen Gegenpol, der klassischen Politikgeschichte, etabliert habe und kulturhistorische Fragestellungen großes Interesse fänden, daß jedoch in der deutschen historischen Forschung der Bereich des Wirtschaftens zu Unrecht in den Hintergrund getreten sei. Als wichtigen Teil der künftigen Arbeit stufte Jeggle die Hinterfragung geläufiger Grundbegriffe ein. So müsse man sich zunächst Gedanken darüber machen, was ‚Wirtschaft‘ in der vorindustriellen Gesellschaft überhaupt bedeute und was als ‚wirtschaftliches Handeln‘ zu begreifen sei. Dies solle jedoch nicht in abstrakter Weise geschehen. Vielmehr sei es notwendig, Begrifflichkeiten in enger Anlehnung an die Quellen zu entwickeln. Im Vordergrund solle immer die Anwendungsorientiertheit theoretischer Überlegungen stehen.

Besondere Bedeutung für wirtschaftshistorische Forschungskonzepte komme dabei der Mikrogeschichte zu. Neben der Tatsache, daß hier unterschiedlichste Quellen bei der Bearbeitung eines Themas herangezogen und miteinander verknüpft würden, sei der experimentelle und interdisziplinäre Charakter von Mikrogeschichte für die Forschungspraxis von Vorteil. Wirtschaftssoziologie und -ethnologie sowie Verfahren der Netzwerkanalyse sollten daneben vermehrt Berücksichtigung finden. Darüber hinaus stelle die Geschlechterforschung die Wirtschaftsgeschichte vor neue Aufgaben. Es sei notwendig, nicht länger von ‚männlichen Normal-‘ und ‚weiblichen Ausnahmesubjekten‘ auszugehen, sondern neue Perspektiven zu erarbeiten.

Als vielversprechende Themen, zu denen neue Forschungsansätze vorlägen und mit denen sich der Arbeitskreis in Zukunft beschäftigen könnte, nannte Jeggle die Bereiche Handel, Gewerbe, Geld und Kreditbeziehungen, Zivilrechtspraxis sowie historische Agrarökonomie. Neben dem fachlichen Austausch sei es den Initiatoren des Arbeitskreises besonders wichtig, jüngere Fachvertreter/-innen aus dem Bereich der vorindustriellen Wirtschaftsgeschichte eine Möglichkeit zu bieten, sich kennenzulernen, und so dazu beizutragen, Defizite

in der Kommunikation zu überwinden. In diesem Zusammenhang sollten die jüngeren Wirtschaftshistoriker/-innen gemeinsam über Strategien nachdenken, die zu einer ausreichenden (öffentlichen) Finanzierung ihrer Arbeit führen könnten. Der Wandel zur dienstleistungsorientierten „Wissensgesellschaft“ verlange neue Wege der Wissensvermittlung. Daher sei es wichtig, wirtschaftshistorisches Wissen über enge Fachkreise hinaus bekanntzumachen und den eigenen Sachverstand in die Diskussion um aktuelle Themen einzubringen. Abschließend ging Jeggle auf die praktischen und organisatorischen Aspekte der Arbeit des Irseer Arbeitskreises ein.

Im thematischen Teil der Tagung wurden insgesamt acht Vorträge aus dem Bereich *Minderheiten in der frühneuzeitlichen Wirtschaft* gehalten. Mark Häberlein (Freiburg i. Br.) umriß das Forschungsfeld in einer Einführung in die Thematik der ersten Tagung des Arbeitskreises. Er wies zunächst anhand von Fallbeispielen auf die große Bedeutung zugewanderter Fremder für das Wirtschaftsleben von Einwanderungsregionen – unter anderem als Impulsgeber für Innovationen – hin. Obwohl sich Wirtschaftshistoriker dieser Tatsache schon lange bewußt seien, sei die Forschungslage im mitteleuropäischen Raum unbefriedigend. Bisherige Untersuchungen hätten sich meist nur mit einzelnen, besonders auffälligen Gruppen beschäftigt (z.B. Juden oder Mennoniten). Andere Personenkreise, wie savoyische Krämer, seien dagegen unzureichend erforscht.

In einem nächsten Schritt befaßte sich Häberlein mit dem Begriff ‚Minderheit‘. Er betonte, daß dessen Anwendung nicht unproblematisch sei. Die Schwierigkeiten begännen bereits damit, daß eine im allgemeinen als Minderheit bezeichnete Personengruppe im lokalen Kontext zahlenmäßig durchaus die Mehrheit darstellen könne. Abgesehen davon könne man Minderheiten aber in der Regel durch ‚fremde Herkunft‘ und ein ‚abweichendes religiöses Bekenntnis‘ definieren. Soziale oder berufliche Klassifizierungen seien dagegen schwieriger bei der Kennzeichnung einer Gruppe als Minderheit anwendbar. In jedem Fall sollte der Minderheiten- klar von dem Randgruppenbegriff getrennt werden, da letzterer in der Forschung für äußerst heterogene Personenkreise verwendet werde.

Im Anschluß daran stellte er Konzepte vor, die helfen könnten, das Minderheitenthema zu strukturieren. Als fruchtbar bezeichnete er die Analyse sozialer Netzwerke, z.B. anhand der Kategorien Verwandtschaft, Nachbarschaft und Landsmannschaft. Ein anderer Forschungsansatz könne das obrigkeitliche Interesse an Zuwanderung in den Mittelpunkt stellen. Dabei müsse man jedoch im Auge behalten, daß frühneuzeitliche Obrigkeiten nicht immer nach wirtschaftlichen Grundsätzen vorgegangen seien, sondern diesen auch zuwider gehandelt hät-

ten, wenn Ehre und Prestige es erforderten. Schließlich könne das Thema der Minderheiten unter dem Aspekt der Identität untersucht werden. Wie Häberlein in der anschließenden Diskussion betonte, betrachtet er diese verschiedenen Ansätze nicht in Konkurrenz zueinander, sondern als komplementäre Angebote, die darüber hinaus mit anderen Konzeptionen verbunden werden könnten.

Martin Zürn (Freiburg i. Br.) referierte über *Wirtschafts- und Sozialbeziehungen savoyischer Einwanderer in Augsburg, Freiburg und Konstanz in der Frühen Neuzeit*. Er ging im ersten Teil seines Vortrags auf die Einwanderung und das Heiratsverhalten von Savoyern ein. Im Vergleich der drei Städte kam er zu dem Ergebnis, daß sich insbesondere Freiburg stark gegen Zuwanderer abschottete, während Augsburg und Konstanz der Einbürgerung relativ offen gegenüberstanden. Bei den zugewanderten Savoyarden habe es sich zum überwiegenden Teil um ledige Männer gehandelt, denen insbesondere der Augsburger Rat häufig zur Auflage machte, innerhalb Jahresfrist eine Bürgerstochter zu heiraten. Auf diese Weise sei die soziale Integration der neuen Bürger durch die städtische Obrigkeit gefördert bzw. erzwungen worden. Dieser Politik entsprechend ermittelte Zürn bei der Auszählung von Heiraten mit mindestens einem ‚welschen‘ Ehepartner ein deutliches Übergewicht der Ehen zwischen einem savoyischen bzw. italienischen Mann und einer deutschen Frau. Durch die Analyse der Trauzeugen in Augsburg werde ferner deutlich, daß ein kleiner Personenkreis von in der Stadt etablierten Savoyarden immer wieder als Trauzeugen von Ehen mit savoyischer Beteiligung auftauche. Daraus könne man schließen, daß die formale Integration neuer Zuwanderer seitens der Landsmannschaft gefördert wurde.

Die Auswertung der Steuerbücher zeige den relativen Wohlstand der Savoyarden in den drei Städten, allerdings seien auch beträchtliche individuelle Unterschiede sowie konjunkturell bedingte Schwankungen im Untersuchungszeitraum festzustellen. Anhand des Handelsbuches des in Immenstadt im Allgäu ansässigen Peter Marquart erläuterte Zürn den Aktionsradius eines savoyischen Kaufmanns. Im Falle der Savoyarden kann Zürn zufolge von einer doppelten Integration gesprochen werden. Auf der einen Seite hätten die Zuwanderer dauerhafte Beziehungen in die alte Heimat aufrechterhalten, indem sie dort beispielsweise Kirchen mit Stiftungen bedachten, auf der anderen Seite seien sie feste Allianzen mit deutschen Familien eingegangen, indem sie in diese einheirateten oder mit ihnen gemeinsam (und in diesem Fall entgegen dem Prinzip landsmannschaftlicher Solidarität) gegen den Zuzug weiterer Savoyarden stimmten, wenn ihnen dies zur Abwehr zusätzlicher Konkurrenz vorteilhaft erschien.

Eva Wiebel (Freiburg i. Br.) sprach über *Wirtschaftliche Beziehungen und Konflikte zwischen französischen und savoyischen Einwanderern, jüdischen Einwohnern und der Stadt Breisach am Rhein (1650-1750)*. Einleitend zeigte sie anhand von drei Fallbeispielen aus der Mitte des 18. Jahrhunderts Aspekte des Beziehungsgeflechts zwischen verschiedenen Einwohnergruppen der Stadt auf. Hauptakteure waren die jüdische Gemeinde, die Bürgerschaft, ausländische Kaufleute, der Rat und die vorderösterreichische Regierung. Die Referentin wies darauf hin, daß nicht von dauerhaften, starren Konfliktlinien zwischen diesen Personenkreisen auszugehen sei, sondern daß die Quellenausschnitte lediglich den Endpunkt einer Entwicklung darstellten, die mit dem Dreißigjährigen Krieg begonnen habe. Im Anschluß daran skizzierte sie die Rahmenbedingungen dieser Entwicklung in einem Überblick über die Geschichte der Stadt zwischen 1650 und 1750 und über die Zuwanderung in diesem Zeitraum. Als bedeutsame Faktoren nannte sie die mehrfach wechselnde Zugehörigkeit zu Frankreich bzw. Vorderösterreich und den umfangreichen Festungsbau. Vor diesem Hintergrund ließen sich in der Stadt Zuwanderer aus Frankreich, dem Elsaß, Savoyen, Flandern, Italien und der Schweiz nieder. Außerdem siedelten sich jüdische Familien an.

Die Integrationswege von einzelnen Zuwanderern erläuterte die Referentin am Beispiel der savoyischen Familien Violand/Deville, der oberitalienischen Familie Pino und der jüdischen Familie Günzburger. Bei den miteinander verwandten Violand und Deville diagnostizierte sie eine deutliche Tendenz zur Integration in die Eliten von Stadt und Region, die durch Einheiraten und die Übernahme wichtiger Ämter sichtbar werde. Auf der anderen Seite hätten die zugewanderten Familien aber auch enge Kontakte untereinander und in die alte Heimat gepflegt. Die kapitalkräftigen Pino entwickelten sich zum größten Kreditgeber der Stadt. Ebenso ging die Familie Günzburger zahlreiche Kreditbeziehungen im ober- und hochrheinischen Raum ein. Die Quellen zeugten zwar von Konflikten zwischen jüdischer und christlicher Bevölkerung, doch werde in den Quellen auch die kooperative Seite des Neben- und Miteinanders verschiedener Einwohnergruppen sichtbar.

Mit der Minderheit der Juden beschäftigten sich auch die folgenden drei Vorträge. Rotraud Ries (Herford) leitete die Sektion ein mit einem Beitrag *über Persönlichkeit – Ökonomie – Kultur: Der jüdische Finanzier und Hofmann Alexander David (1687-1765)*. Sie wies zunächst darauf hin, daß die Wirtschaft eine entscheidende Scharnierfunktion zwischen Juden und Christen gehabt habe. Aufgrund ihrer Religion sei die Integrationsfähigkeit von Juden im Vergleich zu anderen Minderheiten begrenzt gewesen. Einen individuellen jüdischen Lebensentwurf im Zeitalter des Absolutismus skizzierte Ries am Beispiel von Alexander David, der

am Braunschweiger Hof über mehrere Jahrzehnte hinweg für insgesamt fünf Herzöge tätig war. Das Spektrum seiner Geschäfte umfaßte die Lieferung von Luxusgütern, Finanztransaktionen und Heereslieferungen.

Im zweiten Teil ihres Vortrags lenkte Ries das Augenmerk auf kulturelle Aspekte. Sie legte dabei ein in Davids Todesjahr angefertigtes Inventar zugrunde, das sie als Momentaufnahme der Schnittstelle zwischen Ökonomie und Alltagskultur interpretierte. Auf der Grundlage dieses Inventars und zeitgenössischer Abbildungen lud Ries die Zuhörer zu einer ‚virtuellen Besichtigung‘ von Alexander Davids Wohn- und Geschäftshaus am Braunschweiger Kohlmarkt ein. Besonders betonte sie den gehobenen Lebensstil, der sich beispielsweise im Besitz hochwertiger ausländischer Möbel oder in der Einrichtung einer Orangerie geäußert habe. Hier zeigten sich die ökonomische Bedeutung des ‚jüdischen Hofmannes‘ und seine Kenntnis des Lebensstils der christlichen Oberschichten. Der Besitz jüdischer Kultgegenstände und hebräischer Bücher weise auf ein Nebeneinander von jüdischer und christlicher Kultur hin, das auch in Alexander Davids Testamenten zum Ausdruck komme. Neben drei jüdischen Gemeinden bedachte David auch die Braunschweiger Martinigemeinde mit einer Stiftung, womit er sich sowohl in seiner jüdischen als auch in seiner christlichen Umgebung in Erinnerung halten wollte. Man könne vor diesem Hintergrund von einer doppelten kulturellen Orientierung Alexander Davids auf der Basis seiner ökonomischen Tätigkeit am Braunschweiger Hof sprechen.

Den Blick von Europa nach Übersee lenkte Claudia Schnurmann (Göttingen). Sie referierte über *Jüdische Kaufleute und Pflanzler im atlantischen Raum des 17. Jahrhunderts*. Am Beispiel von Samuel Cohen Nassy aus Surinam und Luis Dias Gutierrez aus Barbados erläuterte sie Formen kommerzieller Netzwerke sephardischer Juden. Die Familien der beiden Männer hatten zunächst in Brasilien gelebt. Nachdem die Nassy die niederländische Kolonie bereits 1652 verlassen hatten, waren sie über mehrere Zwischenstationen in das zunächst englische, dann niederländische Surinam gelangt, wo im Jahr 1684 der jüdische Anteil an der weißen Bevölkerung bei gut 30 % lag. Samuel Cohen Nassy gewann großen Einfluß im politisch-militärischen und religiösen Leben der Kolonie. Die Gutierrez waren nach der Übernahme durch die katholischen Portugiesen 1654 aus Brasilien weggezogen und hatten sich in Amsterdam niedergelassen. Von dort aus kam Luis Dias Gutierrez über Surinam in das englische Barbados. Er war unter anderem im Immobilien- und Sklavenhandel tätig.

Ab den 1670er Jahren konnte Claudia Schnurmann Geschäftsbeziehungen zwischen den beiden Juden nachweisen. Luis Dias Gutierrez wurde zusätzlich zu seiner selbständigen

Geschäftstätigkeit als Faktor für Samuel Cohen Nassy tätig und organisierte für diesen Lebensmittellieferungen von Barbados nach Surinam. Neben der Rolle sephardischer Juden in den Handelsbeziehungen zwischen diesen beiden Kolonien thematisierte Schnurmann im zweiten Teil ihres Vortrags Kontakte zwischen Nordamerika und Surinam im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts. Sie legte dar, daß Surinam entgegen den merkantilistischen Interessen des Mutterlandes in umfangreiche Handelsbeziehungen mit Nordamerika verwickelt war. Auch hier sei Samuel Cohen Nassy engagiert gewesen. Die Komplexität der Beziehungen erläuterte die Referentin anhand von Kontakten zwischen ihm, dem New Yorker Juden Joseph Bueno de Mesquita und der Quäkerin Rebecca Richardson. Dementsprechend betonte Schnurmann in ihrem Fazit, daß die sephardischen Juden im karibischen Raum nicht ausschließlich in jüdische Netzwerke eingebunden gewesen seien, sondern daß ihre Beziehungen, trotz des Festhaltens an der jüdischen Identität, weit darüber hinaus reichten und wesentlich zur wirtschaftlichen Verflechtung zwischen dem englischen und dem niederländischen Kolonialreich beitrugen.

Rolf Kießling (Augsburg) beschäftigte sich in einem öffentlichen Abendvortrag mit *Juden in der schwäbischen Wirtschaft*. Im ersten Teil seines Vortrags skizzierte er die Rahmenbedingungen jüdischer Existenz in Schwaben, die durch die territoriale Zersplitterung der Region und besondere Ansiedlungsformen geprägt waren. So habe es Orte gegeben, in denen Juden die Hälfte der Bevölkerung stellten. Der Referent erläuterte, daß es an den Schnittstellen zwischen jüdischer und christlicher Gemeinde, z.B. in der Frage der Nutzung von Allmendflächen, zwar Konflikte geben konnte, daß es gleichzeitig durch die vertragliche Regelung der Verteilung kommunaler Ressourcen jedoch zur Herausbildung von Nutzungsgenossenschaften gekommen sei.

Im zweiten Vortragsteil wandte sich Kießling den Feldern jüdischer Wirtschaftstätigkeit, dem Handel und dem Kapitalverleih zu. Er berichtete von vielfältigen, an die geographische Lage und die Bedürfnisse und finanziellen Möglichkeiten der Kunden angepaßten Handelsstrukturen und von Kreditgeschäften, bei denen der übliche Zinssatz von fünf Prozent in der Regel nur im Falle kurzfristiger Überbrückungskredite, die für die Gläubiger ein hohes Risiko bargen, überschritten worden sei. Im übrigen seien nicht nur Juden als Geldgeber aufgetreten. Vielmehr habe es auch Kreditbeziehungen zwischen jüdischen Schuldnern und christlichen Gläubigern gegeben. Abschließend ging Kießling auf die bereits in Häberleins einleitendem Vortrag gestellte Frage nach der Verwendung der Begriffe ‚Randgruppe‘ und ‚Minderheit‘ ein. Auch Kießling lehnte die Einordnung der Juden als Randgruppe ab. Zwar könne

man nicht von einer vollständigen jüdischen Integration in die Gesamtgesellschaft ausgehen; dennoch zeige sich gerade im wirtschaftlichen Bereich eine weitgehende Akzeptanz der jüdischen durch die christliche Bevölkerung. Der Randgruppenbegriff erfasse die Komplexität des Beziehungsgefüges nicht.

Julia Zunckel (Genua) referierte über *Oberdeutsche Kaufleute in Genua im späten 16. und 17. Jahrhundert*. Einleitend skizzierte sie die deutsche Präsenz in der Stadt und wies auf Forschungsdesiderate hin. Besonders betonte sie, daß die deutschen den einheimischen Kaufleuten seit dem Spätmittelalter weitgehend gleichgestellt gewesen seien und es durch die Existenz einer deutschen Palastwache zu ständigen Kontakten zwischen Deutschen und der Genueser Bevölkerung gekommen sei. In einem zweiten Teil berichtete Zunckel über die in Genua tätigen deutschen Handelshäuser, die sich vor allem auf den Leinenhandel konzentrierten. Ein Großteil sei aus Süddeutschland, insbesondere Augsburg, gekommen, einige auch aus dem rätoromanischen Alpenraum. Für letztere habe sich Genua zum Hauptgeschäftsort entwickelt, und durch die Stellung zwischen dem deutschen und italienischen Kulturkreis hätten sich diese Familien stärker in Genua integriert als süddeutsche Kaufleute.

Als bedeutendste Persönlichkeit der deutschen Kolonie in Genua identifizierte Zunckel den Feldkircher Christoph Furtenbach, dessen Familie im Mittelpunkt des dritten Teils ihres Vortrags stand. Als Grundstein des Erfolgs der Furtenbach bezeichnete die Referentin die verwandtschaftliche Vernetzung mit oberdeutschen Familien. Christoph Furtenbach habe in großem Umfang auf eigene Rechnung, aber auch im Auftrag bedeutender Handelshäuser wie der Augsburger Fugger und Oesterreicher Handel getrieben. Trotz ihrer zentralen Funktion in Genua blieben die Furtenbach wie andere Süddeutsche nicht dauerhaft in der Stadt ansässig. Im Laufe des Dreißigjährigen Kriegs endete die Präsenz der Familie in Genua.

Den Abschlußvortrag hielt Roland Paul (Kaiserslautern) über *Mennoniten in der Pfalz: Ihr Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung im Vergleich mit anderen Minderheiten*. Er führte aus, daß die territorial zersplitterte Pfalz im Europa des 16. und 17. Jahrhunderts ein Haupteinwanderungsgebiet gewesen sei. Nach dem Dreißigjährigen Krieg habe der Pfälzer Kurfürst Fremde aller Konfessionen eingeladen, sich in seinem Territorium niederzulassen, um die starken Bevölkerungsverluste auszugleichen. Diesem Aufruf seien viele Migranten gefolgt, unter ihnen Schweizer Mennoniten. Wie in anderen Regionen auch seien diese Zuwanderer für ihre vorbildliche marktorientierte Landwirtschaft bekannt gewesen. Aufgrund der Einführung neuer Methoden, wie dem Kleeanbau oder der Stallfütterung, könne man sie geradezu als Pioniere der Landwirtschaft in der Pfalz bezeichnen. Zum Themenkomplex Integration/Assi-

milation merkte Paul an, daß die Mennoniten vor allem aufgrund ihrer Konfession weitgehend unter sich geblieben seien.

Die Tagung endete mit einer Schlußrunde, in der sich die Teilnehmer/-innen Gedanken über die weitere Tätigkeit des Arbeitskreises machten. Es wurde festgehalten, daß auch im kommenden Jahr, wiederum im Monat März, eine Tagung in Irsee stattfinden solle. In diesem Zusammenhang wurde unter anderem vorgeschlagen, neben Vorträgen weitere Arbeitsformen zu erproben, und der Wunsch geäußert, in künftigen Vorträgen konzeptionellen Fragen der jeweiligen Forschungsarbeiten größeren Raum zu widmen. Als Tagungsthema einigte man sich auf das Gebiet Handwerk/Arbeitsorganisation/gewerbliche Produktion. In Form eines ‚Round Table‘ sollen dabei auch Modelle der Subsistenzökonomie diskutiert werden. Die Initiatoren des Arbeitskreises kündigten an, dafür einen ‚Call for Papers‘ zu erarbeiten.

Kontakt/Nähere Informationen zum Arbeitskreis:

PD Dr. Mark Häberlein
Historisches Seminar der
Universität Freiburg
KG IV, Werthmannplatz
79085 Freiburg
e-mail: haeber@uni-freiburg.de

Christof Jeggle, M.A.
Innsbrucker Straße 49a
10825 Berlin
e-mail: cjeggle@wiwiss.fu-berlin.de

Agrarische Systeme und soziale Praktiken im 18. und 19. Jahrhundert.

Neue Perspektiven der französischen und deutschen Forschung.

Ein Tagungsbericht

von Gunter Mahlerwein

Zu einer Konferenz über *Agrarische Systeme und soziale Praktiken im 18. und 19. Jahrhundert: Neue Perspektiven der französischen und deutschen Forschung* hatte das Max-Planck-Institut mit Unterstützung der Mission Historique Francaise am 23.-25. November deutsche und französische Agrarhistoriker nach Göttingen eingeladen. Handelte es sich bei den französischen Forschern um den inneren Kern der „Association d'Histoire des Sociétés Rurales“, so zählten etliche der deutschen Teilnehmer, nicht zuletzt die Organisatoren Jürgen Schlumbohm und Rainer Prass selbst, zum Arbeitskreis für Agrargeschichte, so daß die Tagung auch als ein

erstes Treffen der beiden verwandten Vereinigungen verstanden werden kann. In fünf thematischen Sektionen wurden jeweils zwei bis drei Referate gehalten, die die Vergleichbarkeit oder die Unterschiede des deutschen und des französischen Forschungsstandes deutlich machen konnten.

Zum Thema *Seigneurie in Frankreich - Gutsherrschaft in Deutschland* faßte Annie Antoine den Wissensstand und neue Forschungsperspektiven zu der französischen Seigneurie zusammen, wobei sie nicht die Französische Revolution an das Ende ihrer Betrachtungen stellte, sondern den sozialen und wirtschaftlichen Nachwirkungen der Seigneurie in das 19. Jahrhundert nachging. Ausgehend von neueren „qualitativen“ Untersuchungen machte sie auf die dieser Herrschaftsform innewohnenden Grenzen der Machtausübung der Seigneurs aufmerksam. In diesem Punkt traf sie sich mit dem Referat von Thomas Rudert zu *Gutswirtschaft und Gutsherrschaft: von der Wirtschaftsgeschichte zur historischen Anthropologie*, der von den Ergebnissen des Potsdamer Gutsherrschaftprojektes berichtete und eben auch auf die Relativierung der gutsherrschaftlichen Machtmöglichkeiten verwies, die Gutsherrschaft schließlich als ein „zwar spannungsgeladenes, aber in seinen Grundzügen auch konsensfähiges soziales Ordnungsmodell“ vorstellte.

Groß- und Kleinbetriebe in der Landwirtschaft behandelte die zweite Sektion. Ausgehend vom Material ihrer Grandes Thèses stellten Jean-Marc Moriceau, Vorsitzender der Association, und Jean-Michel Boehler die Entwicklungschancen und Innovationsmöglichkeiten großer und kleiner Betriebe in den Mittelpunkt ihrer Referate. Moriceau entwarf ein Modell zur Definition eines Großbetriebs und verfolgte deren Bedeutung für die agrarwirtschaftliche Modernisierung vom 15. bis 19. Jahrhundert, ohne die anderer Logik folgende Erneuerungsfähigkeit kleiner Betriebe zu übersehen. Boehler zeigte am Beispiel einiger Landschaften mit kleinbäuerlicher Struktur, von denen gerade eine besonders intensive Agrarmodernisierung ausging (Elsaß, Baden, Pfalz, Flandern), die entgegen den agronomischen Theorien des 18. und des 20. Jahrhunderts dort möglichen Produktivitätssteigerungen auf. Frank Konersmann beleuchtete die deutschen Forschungstraditionen zum Thema Klein- und Großbetriebe und stellte die kameralistischen, nationalökonomischen und agrarpolitischen Diskussionen zu diesem Thema den agrarhistorischen Ergebnissen der Abel-Schule und der neueren mikrohistorisch orientierten Untersuchungen gegenüber.

Vererbung, Familie, Geschlecht war Thema von drei Vorträgen. Susanne Rouette stellte die deutsche Forschungslage, ausgehend von den Diskussionen im 19. Jahrhundert über bäuerliches Erbrecht, den flexiblen Umgang mit den Rechtsnormen vor und zeigte For-

schungsdesiderate hinsichtlich der Realerntegebiete und für das späte 19. Jahrhundert auf. Über *Gütervererbung, Machtverhältnisse in der Familie und die sozio-ökonomische Rolle der weiblichen Erben in Frankreich im 18. und 19. Jahrhundert* referierte Antoinette Fauve-Chamoux. Sie zeigte die entgegen der aus zahlreichen Dokumenten ableitbaren Autorität des Haushaltsvorstehers wesentliche Rolle der Frauen bei der Weitergabe bäuerlichen Besitzes und ihre Machtstellung in der Familie auf. In einem großen Forschungsüberblick über die neuere Frauengeschichte stellte Heide Wunder die *Geschlechterbeziehungen im Wandel der Agrargesellschaft des 18./19. Jahrhunderts* unter das Thema *Arbeiten, streiten, miteinander leben*.

Den *Gemeinheiten und kollektiven Praktiken in der bäuerlichen Gesellschaft* galt die vierte Sektion. Nadine Vivier arbeitete nach einem zunächst diskursiven Zugang zum Thema die *Wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Gemeindegüter in Frankreich* heraus und verwies auf die Diskrepanzen in der Bewertung der „Armut“ der Teilungsgegner. Die verschiedenen Formen kollektiver Nutzung in ihrer Bedeutung für die bäuerliche Ökonomie und für die Innovationsbereitschaft stellte Rainer Prass vor.

Mit dem *Grundstücksmarkt in der ländlichen Gesellschaft* beschäftigten sich Gérard Béaur und Stefan Brakensiek in der letzten Sektion. Die Ansatzmöglichkeiten zu diesem auch quellenmäßig schwer zu bearbeitenden Thema zeigte Béaur anhand einiger neuerer Studien auf, die soziale Gruppen als „Gewinner oder Verlierer“ der Transaktionen verstehen, sich mit den Konjunkturen der Besitzübertragung beschäftigen oder die wechselhafte Akkumulation von Besitz mit familiären Zyklen erklärt. Ausgehend von den bislang geringen empirischen Befunden zum Bodenmarkt in Deutschland stellte Brakensiek die aufgrund verschiedener herrschaftlicher Bindungen höchst unterschiedlichen regionalen Ausprägungen vor, deren von starren Rechtsnormen abweichende flexible Praxis er an einigen Fallbeispielen nachweisen konnte.

Der sehr konzentrierte und diskussionsintensive Verlauf der Tagung wies für beide Seiten neue Perspektiven auf, denen weiter nachzugehen lohnt. Daß dabei die französischen Historiker und Historikerinnen auf der ungeheuren empirischen Grundlage der großen, nicht zuletzt ihrer eigenen, Regionalstudien argumentieren konnten, zeigten nicht nur ihre Beiträge, sondern vor allem auch detailreiche Diskussionen zu Einzelthemen wie Vererbungspraxis oder Allmendteilung, die den deutschen Teilnehmern den Nachholbedarf der deutschen Agrargeschichtsschreibung anschaulich vor Augen führten. Die konsequent durchgehaltene Zweisprachigkeit der Vorträge und Diskussionsbeiträge - besonders zu nennen sind hier die

kongenialen Übersetzungen von Christophe Duhamelle - trug zum Gelingen des intensiven Austauschs bei, dem besonders im Interesse der deutschen Agrargeschichte eine Fortsetzung sehr zu wünschen ist.

KLEINE BEITRÄGE

Grundsätzliches zu Ulrich Kluges ‚Kritische Bemerkungen zum Beitrag von Ilona Buchsteiner‘ in AKA-Newsletter 7

von Liselott Enders

Kritik und Kontroversen sind wissenschaftsimmanent - sofern sie sachlich fundiert und formuliert werden. Peinliche Attacken jedoch mit Unterstellungen bis hin zum Denunziatorischen - leider vielfach und zunehmend Usus - haben mit Wissenschaft nichts gemein; denn es wird nicht argumentiert, sondern diffamiert. Pluralismus und Meinungsfreiheit im akademischen Diskurs werden ausgehebelt, wenn man sie dem Kontrahenten abspricht oder versagt. Das fällt zwar allein auf den Autor zurück, vergiftet aber die Atmosphäre - aliquid haeret - und ist so nicht hinnehmbar. Ich möchte doch hoffen, daß dieser Stil im AKA nicht Schule macht.

Projektskizze: Bauern und Öffentlichkeit.

Die Publizistik der Kleinbauernverbände der Weimarer Republik

von Andreas Dornheim

Wer sich mit der Agrar- und bäuerlichen Verbandsgeschichte des Deutschen Kaiserreichs und der Weimarer Republik beschäftigt, stößt zunächst auf den Bund der Landwirte, der ab 1918 Schritt für Schritt mit den in der Revolutionszeit entstehenden regionalen Landbünden und seiner Zentralorganisation, dem Deutschen Landbund, fusionierte und sich 1921 in Reichslandbund umbenannte. Er denkt zweitens an die Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine

und ihre Regionalorganisationen, die ab 1862 gegründet worden waren. Während der Reichslandbund das deutschnationale, überwiegend protestantische Lager abdeckte und seinen Machtschwerpunkt beim ostelbischen Großgrundbesitz hatte, vertraten die christlichen Bauernvereine eine überwiegend katholische, stärker vom Mittel- und Kleinbesitz geprägte Klientel. Seit dem Ersten Weltkrieg dehnten sich die christlichen Bauernvereine verstärkt in protestantische Regionen (z.B. Schleswig-Holstein) aus. Beide Verbandsgruppen sind schon mehrfach untersucht worden, auch wenn gerade bezüglich der deutschen Landes- und preußischen Provinzialverbände noch manche Lücke zu schließen ist. Zu erinnern ist besonders an die Arbeiten von Hans-Jürgen Puhle über den Bund der Landwirte, die veröffentlichte Dissertation von Stephanie Merkenich über den Reichslandbund und die ebenfalls veröffentlichte Dissertation von Heide Barmeyer über Anders Hermes und die christlichen Bauernvereine. Zu nennen sind weiter die wenig bekannte, aber auf einer breiten Quellenbasis fußende Dissertation des DDR-Historikers Kurt Neumann (von dessen Materialreichtum manche westdeutsche Arbeit profitiert hat) sowie die bisher noch unveröffentlichte, als Band 129 der Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien angekündigte Doktorarbeit von Markus Müller über die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, die vor allem den gemäßigten Flügel des Reichslandbundes um Martin Schiele repräsentierte.

Neben diesen beiden großen agrarischen Verbänden, die in der Weimarer Republik etwa 600.000 (Bauernvereine) und 900.000 (Reichslandbund) Vollmitglieder hatten, ist der Bayerische Bauernbund (BB) relativ gut erforscht, der sich dort seit den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts als dritte Kraft des flachen Landes etabliert und 35.000 bis 50.000 Mitglieder hatte. Der BB, der in einen linken und einen rechten Flügel zerfiel, war gegen Großgrundbesitz und Adel (und damit gegen den Reichslandbund) eingestellt und hatte nicht selten eine antiklerikale Spitze, was vor allem von den christlichen Bauernvereinen kritisiert wurde. Er hatte seine regionalen Schwerpunkte vor allem in Niederbayern, mit Abstrichen auch in Oberbayern, Schwaben und der Oberpfalz. In Franken besaß er kaum Bedeutung. Nach einer relativ linksorientierten Phase in der Revolutionszeit der Jahre 1918/19 (in der u.a. eine Enteignung des Großgrundbesitzes über 1.000 Tagwerk = ca. 340 Hektar gefordert wurde), etablierte sich der BB in der Folgezeit immer stärker als groß- und mittelbäuerliche Mittelstandsbewegung. Lediglich der linke Flügel des BB um Karl Gandorfer und Konrad Kübler blieb einer kritischeren Position treu. Der BB wurde bereits in der zeitgenössischen Arbeit von Wilhelm Mattes über die bayerischen Bauernräte der Revolutionszeit berücksichtigt und später durch die Arbeiten von Hannsjörg Bergmann und Anton Hochberger untersucht.

Vor allem die angelsächsische Forschung der 80er und 90er Jahre hat darauf hingewiesen, daß die von Puhle insbesondere in seiner Habilitationsschrift über „Politische Agrarbewegungen“ stark betonte Kontinuität zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik, nicht haltbar ist. Vielmehr sei von einem radikalen Bruch auszugehen, der sich auch im Bereich der Agrarverbände niederschlug. Robert G. Moeller hat dies am Beispiel des Rheinlandes und Westfalens nachgewiesen, Jonathan Osmond anhand der Freien Bauernschaft, die 1918 im Rheinland entstanden war und in den 20er Jahren insbesondere in der Pfalz an Einfluß gewann. Die mit der Weimarer Republik entstandene eigentliche Kleinbauernbewegung wurde indes bisher kaum untersucht, sieht man von einigen Beiträgen der DDR-Historiographie ab, die vor allem die kommunistisch beeinflusste Kleinbauernbewegung in der Lausitz (vgl. die Arbeit von Martin Kasper) und in der Rhön (siehe die Beiträge von Josef Reinhold) untersuchte. Gerade diese Kleinbauernbewegung aber stellt das eigentlich Neue der Weimarer Republik gegenüber dem Kaiserreich dar.

Der Ausdruck Kleinbauernbewegung darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kleinbauernverbände politisch stark fragmentiert waren. Zu unterscheiden sind:

1. Politisch gemäßigte und reformorientierte Verbände, die sich 1922 im Reichsverband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe zusammenschlossen.
2. Kleinbauernverbände, die dem katholischen Milieu zuzuordnen sind. Zu denken ist beispielsweise an den Westfälischen Pächter- und Kleinbauernbund mit Sitz in Münster. Zwischen diesen beiden Verbandstypen kam es teilweise zu organisatorischen Überschneidungen.
3. Kleinbauernverbände, die der Sozialdemokratie nahestanden und sich ab 1927 in der Deutschen Bauernschaft organisierten.
4. Kommunistische Kleinbauernverbände wie der Bund schaffender Landwirte und der Badische Pächter- und Kleinbauern-Verband.
5. Politisch rechts stehende oder indifferente Kleinbauernverbände wie der Mecklenburgische Dorfbund.
6. Agrarorganisationen des Liberalismus, die zunächst im Deutschen Bauernbund organisiert, ab 1927 in der Auflösung begriffen waren. Sie betreuten zwar ursprünglich keine kleinbäuerliche Klientel. Ihre Führungskräfte wandten sich aber teilweise den Kleinbauernverbänden zu, so zum Beispiel der DDP-Reichstagsabgeordnete Heinrich Rönneburg, der Beisitzer des Verbandes landwirtschaftlicher Pächter und Kleinbauern in Braunschweig wurde.

Der 1922 gegründete Reichsverband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe umfaßte 1925 13 Einzelverbände. 1927 hatte er etwa 100.000 Mitglieder. Als Geschäftsführer fungierte der späte-

re Bundeslandwirtschaftsminister und Bundespräsident Heinrich Lübke. Der Reichsverband verfolgte u.a. folgende Ziele: Wahrnehmung der wirtschaftlichen und beruflichen Interessen der klein- und mittelbäuerlichen Bevölkerung; kulturelle und wirtschaftliche Unterstützung für die bäuerlichen Familienbetriebe; Einführung einer progressiven Grundwertsteuer wie sie der Agrarwissenschaftler Friedrich Aereboe forderte; Veränderung der Eigentumsverhältnisse zugunsten der Kleinbetriebe. Der Reichsverband stand auf dem Boden der Weimarer Verfassung.

Eine bisher offene Frage ist, ob es innerhalb der Kleinbauernverbände eigenständige Frauenorganisationen gab. Im Lager der etablierten Verbände gab es den Reichsverband landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine (1916 gegründet, erster Landesverband 1898), der dem Reichslandbund nahestand, und die katholische Landfrauenvereinigung, die dem 1903 in Köln gegründeten Katholischen Frauenbund angehörte.

Wer die Kleinbauernverbände untersuchen will, muß davon ausgehen, daß die übliche Methode historischen Arbeitens, das Studium archivalischer Quellen, nur teilweise zum Erfolg führen kann, da die Kleinbauernverbände relativ wenig Akten hinterlassen haben. Vor allem die kommunistisch orientierten Verbände werden relativ ausführlich in Polizeiakten behandelt. Weitere Spuren, die teilweise erhalten blieben, sind die Zeitungen, mit denen sich die Kleinbauernverbände an ein breiteres Publikum wandten und eine Öffentlichkeit für ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ziele herstellten. Diese Zeitungen auszuwerten, soll eines der Hauptziele des Projektes sein.

Diese Methode ist jedoch nicht nur „aus der Not geboren“, sondern auch deshalb beabsichtigt, weil in der Agrargeschichtsforschung die Auswertung bäuerlicher Selbstzeugnisse nach wie vor die Ausnahme darstellt. Wer beispielsweise die Habilitationsschrift Wolfram Pytas liest, wird feststellen, daß dort viel darüber gesagt wird, was die protestantischen Landpfarrer und die Lehrer über die Bauern dachten, die Bauern selbst aber kaum zu Wort kommen. Die Einschätzungen der Geistlichen waren teilweise durchaus treffend, weil sie gute Beobachter waren und Einblicke in die dörflichen und gutsherrschaftlichen Lebenswelten hatten. Sie sind aber trotzdem einseitig und sollten ergänzt und vervollständigt werden. Man kann davon ausgehen, daß ein Teil der Kleinbauernverbände die Schwierigkeiten ihrer Klientel relativ dicht beschrieben haben. Neu ist die avisierte Methode freilich nicht, sondern wurde in der agrarhistorischen Forschung beispielsweise von Jürgen Bergmann und Klaus Megerle angewandt, allerdings nur für jeweils eine Zeitung des Reichslandbundes und eine Zeitung der Bauernvereine für die Krisenzeit ab 1924. Auch die Forschungen Heinz Reifs über den ländlichen Antisemitismus stützen sich stark auf die Publizistik der Verbände des Reichslandbundes.

Neben der Auswertung der Zeitungen sollen vor allem Nachlässe und autobiographische Aufzeichnungen herangezogen werden. Damit kommt den Selbstzeugnissen klein- und mittelbäuerlicher Verbandspolitiker eine große Bedeutung zu.

Das Projekt verfolgt insbesondere zwei Fragestellungen und Zielsetzungen: Erstens soll das Selbstverständnis der Kleinbauernverbände untersucht werden. Wie haben sich die Verbände in ihren Presseorganen dargestellt, welche Zielsetzungen wurden verfolgt, welche Weltanschauungen und Einstellungen werden deutlich? Zweitens geht es darum, den Einfluß und die Grenzen der Kleinbauernverbände aufzuzeigen. Warum haben diese Verbände, die zumindest teilweise auf dem Boden der Weimarer Verfassung standen, nicht eine größere Wirkung ausgeübt und ihr Klientel stärker an sich binden können? Bekanntlich gelangen den Nationalsozialisten ab 1928/30 große Einbrüche in die bäuerliche Wählerschaft.

Einer der ersten Arbeitsschritte wird es sein, eine möglichst vollständige Aufstellung der Kleinbauernverbände, ihrer publizistischen Organe und des Führungspersonals zu erarbeiten. In einem zweiten Arbeitsschritt wird die Auswertung der Zeitungen nach bestimmten inhaltlichen Schwerpunkten erfolgen. Da eine Auswertung aller Zeitungen nicht möglich ist, sollen etwa sechs Blätter ausgewählt werden, deren kleinbäuerliche Agrarpresse paradigmatisch untersucht wird.

Mit dem Projekt „Bauern und Öffentlichkeit“ soll auch das weitverbreitete (Vor-)Urteil überprüft werden, inwieweit es auf dem flachen Land ausschließlich konservative Gruppierungen gab. Aus diesem Grund ist als weiterer Arbeitsschwerpunkt eine Tagung und ein biographischer Band über „fortschrittliche“ Agrarpolitiker und Agrarwissenschaftler zwischen 1900 und 1933 geplant. Daß es auch solche Personen gab, ist heute weitgehend in Vergessenheit geraten. Zu erinnern ist etwa an den Agrarwissenschaftler Friedrich Aereboe, an die Sozialdemokraten Fritz Baade und Georg von Vollmar, an den religiösen Sozialisten Vitus Heller, an die in der kommunistischen Kleinbauernbewegung aktiven Richard Bürgi (Badischer Kleinbauern- und Pächter-Verband) und Ernst Putz (Bund schaffender Landwirte), an den katholischen Geistlichen Ferdinand Vorholt, an liberale Agrarpolitiker wie Arthur Becker, Hermann Dietrich, Heinrich Rönneburg und Theodor Tantzen, an Karl und Ludwig Gandorfer sowie Konrad Kübler. Bei den Frauen könnte an Elisabeth Kramer gedacht werden, die 1922 bei Max Scheler promovierte und 1928 Redakteurin der ersten überregionalen katholischen Landfrauenzeitung wurde.

Die Durchführung des Forschungsprojektes wird nur in enger Kooperation mit den staatlichen, kirchlichen und kommunalen Archiven möglich sein. Zudem ist an eine enge Zu-

sammenarbeit mit dem Arbeitskreis für Agrargeschichte gedacht, da die Vielfalt Deutschlands genaue regionale Kenntnisse erfordert, über die oftmals nur die jeweiligen Spezialisten der Landesgeschichte verfügen. Für die Erstellung insbesondere der biographischen Beiträge werden Bearbeiter und Bearbeiterinnen gesucht. Interessierte wenden sich bitte an folgende Adresse:

Dr. Andreas Dornheim
Haußerstr. 97
72076 Tübingen
Tel/Fax 07071/600025
E-mail: Dornheim-tuebingen@t-online.de

Literaturhinweise:

- Barmeyer, Heide, Andreas Hermes und die Organisationen der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928-1933, Stuttgart 1971.
- Bergmann, Hannsjörg, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919-1928, München 1986.
- Bergmann, Jürgen/Megerle, Klaus, Protest und Aufruhr in der Landwirtschaft in der Weimarer Republik (1924-1933). Formen und Typen der politischen Agrarbewegung im regionalen Vergleich, in: Bergmann, Jürgen u.a. (Hrsg.), Regionen im historischen Vergleich. Studien zu Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1989, S. 200-287.
- Hochberger, Anton, Der bayerische Bauernbund 1893-1914, München 1991.
- Kasper, Martin, Der Lausitzer Bauernbund. Ein Beitrag zur Geschichte der demokratischen Bauernbewegung in der Oberlausitz 1924-1932, Bautzen 1967.
- Mattes, Wilhelm, Die Bayerischen Bauerräte. Eine soziologische und historische Untersuchung über bäuerliche Politik, Stuttgart/Berlin 1921.
- Merkenich, Stephanie, Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918-1933, Düsseldorf 1998.
- Moeller, Robert G[ardiner], German Peasants and Agrarian Politics 1914-1924, The Rhineland and Westphalia, Chapel Hill/London 1986.
- Müller, Markus, Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei 1928-1933, Diss. an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Univ. Bayreuth 1997 (Ms.).
- Neumann, Kurt, Die Rolle des Reichslandbundes bei der Vorbereitung und Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland (1928-1933). Diss. an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock 1977 (Ms.).
- Neumann, Martina, Theodor Tantzzen - ein widerspenstiger Liberaler gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1998.
- Osmond, Jonathan, Rural Protest in the Weimarer Republic. The Free Peasantry in the Rhineland and Bavaria, Houndmills/London 1993.
- Puhle, Hans-Jürgen, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Kaiserreich (1893-1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Hannover 1966.
- Puhle, Hans-Jürgen, Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften. Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert, Göttingen 1975.
- Pyta, Wolfram, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918-1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1996.
- Reif, Heinz, Antisemitismus in den Agrarverbänden Ostelbiens in der Weimarer Republik, in: Ders. (Hg.), Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Agrarkrise - junkerliche Interessenpolitik - Modernisierungsstrategien, Berlin 1994, S. 379-411.
- Reinhold, Josef, Der Kampf der KPD um das Bündnis der Arbeiter und Bauern in der Rhön 1924-1933, hg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der

- Bezirksleitung Suhl der SED, Suhl 1986.
- Reinhold, Josef, Die KPD und der Bund schaffender Landwirte in der Rhön 1924-1933, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 15/1 (1988), S. 195-220.
- Schwarz, Christina, Die Landfrauenbewegung in Deutschland. Zur Geschichte einer Frauenorganisation unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1898 bis 1933, Mainz 1990.
- Troßbach, Werner/Clemens Zimmermann (Hrsg.), Agrargeschichte. Positionen und Perspektiven, Stuttgart 1998.

Call for papers: 'Bauern neu denken'

von Ernst Langthaler

„Bauern“ sind kein Gegenstand, der sich in der sozialen Realität einfach auffinden ließe. Gleichwohl stellen wissenschaftliche Disziplinen diesen Gegenstand immer wieder her, indem sie „Bauern“ definieren. Diese Definitionen - denken wir etwa an die moderne Figur des „rückständigen Bauern“ oder an deren romantische Kehrseite, den „sittenverbundenen Bauern“ - sind jeweils Teil von Geschichten über Modernität und Traditionalität, Urbanität und Ruralität, Universalität und Partikularität. Mit dem Legitimationsverlust dieser „großen Erzählungen“ werden auch die Konzepte des „Bauern“, die der Forschung langezeit als verlässliche Werkzeuge gedient haben, in Frage gestellt. Während manche schlichtweg den Tod des „Bauern“ verkünden, fordern andere die externe und interne Differenzierung des bäuerlichen Subjekts. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Agrarfrage erneut an Aktualität - die Frage, welche neuen Konzepte des „Bauern“ an die Stelle der alten treten können. Die Dekonstruktion des „peasant“ erzwingt und ermöglicht die (Re-)Konstruktion des „post-peasant“ (Michael Kearney). Das geplante Themenheft der „Österreichischen Zeitschrift für Geschichtswissenschaften“ (OeZG) soll innovative Konzepte des bäuerlichen Subjekts in Historie und benachbarten Wirtschafts-, Sozial- und Kulturwissenschaften zur Diskussion stellen. Dies kann aus eher diskursanalytischen Perspektiven über die Dekonstruktion wissenschaftlicher Entwürfe des „Bauern“ erfolgen, aber auch aus eher praxeologischen Perspektiven über die Rekonstruktion bäuerlicher Alltagspraktiken. Wünschenswert wäre die Kontextualisierung der Beiträge durch die Verknüpfung theoretischer und empirischer Bezüge. Einige der möglichen Themenfelder für die Rekonzeptualisierung des „Bauern“ lauten:

- * agrarische Naturaneignung zwischen Nachhaltigkeit und Ressourcenverschleiß
- * bäuerliche Haushalte zwischen (Re-)Agrarisierung und Erwerbsskombination

- * wirtschaftliche Rationalität zwischen Moralökonomie und Profitmaximierung
- * ländliche Geschlechterverhältnisse zwischen traditionellem und modernem Patriarchat
- * dörfliche Gesellschaften zwischen Homogenisierung und Fragmentierung
- * agrarische Netzwerke zwischen regionalen, nationalen und globalen Bezügen
- * bäuerliche Identitäten zwischen Kolonialisierung und Eigensinn
- * politische Bauernbewegungen zwischen Systemkonformität und -opposition

InteressentInnen sind eingeladen, bis 1. Juli 2001 Themen möglicher Beiträge vorzuschlagen. Nach Annahme des Vorschlages ist ein einseitiges Abstract bis 1. November 2001 erbeten. Abgabetermin fuer die Endfassung des 25- bis 30seitigen Beitrages ist der 1. März 2002. Die Beiträge werden als Heft 4/2002 der OeZG erscheinen; genaue Hinweise zur Textgestaltung finden sich: OeZGWebsite(<http://www.univie.ac.at/wirtschaftsgeschichte/oezg>).

Antworten sind erbeten an: Dr. Ernst Langthaler, Netzwerk fuer Regionalstudien (NRS), A-3213, Frankenfels, Markt 17, E-Mail ernst.langthaler@telering.at.

Arbeitskreis für Agrar- und Umweltgeschichte

Beat Brodbeck, Josef Mooser, Peter Moser, Christian Pfister

Am 13. Februar 2001 wurde in Bern der Arbeitskreis Agrar- und Umweltgeschichte gegründet. Der Arbeitskreis hat sich als Arbeitsgruppe der Schweizerischen Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte (SGWSG) konstituiert.

Das Ziel besteht vor allem in der Schaffung eines wissenschaftlichen Forums zur Diskussion und zur Weiterentwicklung der neueren Ansätze der Agrar- und Umweltgeschichte zur Gesellschaftsgeschichte. Damit sollen die Tendenzen zur Weiterentwicklung der Agrar- und Umweltgeschichte als „Integrationswissenschaft“ gefördert werden, die die unterschiedlichen Phänomene und Entwicklungen aus der Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft, Technik und den Naturwissenschaften analysiert und im säkularen Entwicklungstrend zu verstehen versucht.

Für den 17. November 2001 ist am Historischen Institut der Universität Bern eine Tagung geplant, an der es hauptsächlich um den Stand der Forschung sowie die Perspektiven der Agrar- und Umweltgeschichte geht. Interessierte, die bei der Vorbereitung und/oder an der Tagung selber mitwirken möchten, setzen sich mit Peter Moser (Hallerstraße 1, CH-3012 Bern, Tel. 41313021493; e-mail: petermoser@gmx.ch) in Verbindung.

Buchanzeige

Bremischer Landwirtschaftsverband (Hrsg.), 150 Jahre Landwirtschaftskammer Bremen 1849-1999, bearbeitet von Christine Förster, 132 S., Bremen 1999.

Im Frühjahr 1999 feierte die Landwirtschaftskammer Bremen, die gesetzliche Berufsvertretung aller Bremer Landwirte, ihr 150jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß veröffentlichte sie eine Jubiläumsschrift, die die Geschichte dieser Körperschaft nachzeichnen soll. Die Initiative zur Gründung der Bremer Kammer war ein Akt von vermutlich größeren Landwirten und des Senats, dessen bis dahin bestimmender Einfluß erst 1870 zurückgedrängt werden konnte. Die Bremer Kammer war die erste Deutschlands, die nächste wurde 1894 für Preußen gegründet. Fünf Jahre nach ihrer Gründung wurde die Kammer in die neue Bremer Verfassung aufgenommen, sie konnte sich konsolidieren und nennenswerte staatliche Gelder für sich und ihre Aufgaben erwirken. 1919 wurde das erste eigene, am Altenwall 30 gelegene Gebäude bezogen. 1933 übernahm die nazistische Kreisbauernschaft unter Anleitung des - übrigens erst 1948 wieder aufgelösten Reichsnährstandes - die Landwirtschaftskammer. 1945 bis 1955 gab es einen Senator für Landwirtschaft und Ernährung, seitdem ist das Wirtschaftsressort zuständig. Die Periode von 1956, dem Jahr der Wiedererrichtung der Kammer, bis 1999 ist dann vom Umzug in das heute noch genutzte Gebäude in der Elhornstraße 30, dem Wiederaufbau der 1967 geschlossenen Landwirtschaftsschule und den im Jahre 1992 eingestellten Landwirtschaftsbällen im Park-Hotel gekennzeichnet. 1996 gibt es in Bremen noch 352 landwirtschaftliche Betriebe mit knapp 10.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (1949 waren es noch 2.116 Betriebe mit ca. 24.000 Hektar).

Die Veröffentlichung ist von sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Fragestellungen völlig unberührt und damit von einer heute ungewohnten Schlichtheit (z. B.: „Am 21. Juni 1948 kam die Währungsreform. Und danach ging manches schon wieder besser.“ S. 67). Die Wechselwirkungen zwischen Landwirtschaft, Gesellschaft und Kammer werden nur angerissen, meist fokussiert die Darstellung auf die die Kammer tragenden Personen (manche Amtsträger waren weit über 30 Jahre im Amt) und auf das Verhältnis zum Senat. Etlliches bleibt unreflektiert oder wird verschwiegen: So die Kontinuitäten und Brüche zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus bzw. zwischen NS- und Nachkriegszeit. Was die Kreisbauernschaft tat oder unterließ nimmt im Buch gerade fünf Seiten ein. Offen bleiben Fragen nach

dem völligen Bedeutungsverlust, dem die Landwirtschaft in der Gesellschaft seit den 1960er Jahren ausgesetzt war, nach dem Anteil, den die Agrarbürokratie inklusive der Kammern an dieser Entwicklung hatte, die die wettbewerbsorientierte Politik stets mitgetragen hatte, nach den landwirtschaftlichen Arbeitnehmern, die früher ein Großteil der landwirtschaftlichen Handarbeit übernahmen. Die Kreisbauernschaft konnte 1956 z. B. acht von 24 zu wählenden Vertretern in die Versammlung der Kammer entsenden. Wie diese sich dort verhielten, ist nicht zu erfahren.

Mit dieser Veröffentlichung liegt trotz aller Kritik ein Beitrag zum sonst kaum beachteten und erforschten Thema 'Landwirtschaft in der Großstadt' vor. Das Buch enthält auch etliche Dokumente in Abschrift und in Faksimile.

Bernd Hüttner

MITGLIEDERNACHRICHTEN

Veröffentlichungen von Mitgliedern:

- Stefan Brakensiek, Grund und Boden - eine Ware? Ein Markt zwischen familialen Strategien und herrschaftlichen Kontrollen, in: Gérard Béaur/Reiner Prass/Jürgen Schlumbohm (Hrsg.), Agrarische Systeme und soziale Praktiken im 18. und 19. Jahrhundert, Göttingen 2001 [in Vorbereitung].
- Ders., Kommentar: Raumbezogene Wandlungsprozesse, in: Karl Ditt/Rita Gudermann/Norwich Rübe (Hrsg.), Landwirtschaft und Umwelt in Westfalen, Paderborn 2001, S. 565-568.
- Liselott Enders, Die Prignitz. Geschichte einer kurländischen Landschaft vom 12. bis zum 18. Jahrhundert, Baden-Baden 2000.
- Frank Konersmann, Soziale Differenzierung und staatliche Agrarreformen im Kurfürstentum und im Königreich Hannover zwischen 1775 und 1842, in: Hans Jürgen Vogtherr (Hrsg.), Tagung zum 150. Todestag Christian Freiherr von Hammerstein (1769-1850), Uelzen 2001 [im Druck].
- Ders., Agrarwirtschaftliche Innovationsphase und Transformation der ländlichen Gesellschaft im Raum Kaiserslautern zwischen 1770 und 1880, in: Jahrbuch zur Geschichte der Stadt und des Landkreises Kaiserslautern 40 (2001) [in Vorbereitung].
- Ders., Von Betriebsgrößen zu Wirtschaftspraktiken. Die Betriebsgrößenfrage in der deutschen Agrar- und Sozialgeschichte, in: Gérard Béaur/Reiner Prass/Jürgen Schlumbohm (Hrsg.), Agrarische Systeme und soziale Praktiken im 18. und 19. Jahrhundert, Göttingen 2001 [in Vorbereitung].
- Klaus-J. Lorenzen-Schmidt, Agrarproduktion, Betriebsführung und politische, ökonomische und soziale Bedingungen der Agrarproduktion im Schleswig-Holstein des 20. Jahrhunderts, in: Rundbrief des Arbeitskreises für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins 78 (2000), S. 11-34.

- Ders., Schriftliche Elemente in der dörflichen Kommunikation in Spätmittelalter und Früher Neuzeit: Das Beispiel Schleswig-Holstein, in: Werner Rösener (Hrsg.), Kommunikation in der ländlichen Gesellschaft vom Mittelalter bis zur Moderne, Göttingen 2000, S. 170-187.
- Ders., Lese- und Schreibfähigkeit in der ländlichen Gesellschaft Schleswig-Holsteins in der Neuzeit, in: Vorträge der Dettlefsen-Gesellschaft zu Glückstadt 3 (2000), S. 5-24, 89-93.
- Ders., Aufzeichnungen des Wewelsflether Kirchspielvogts Daniel Lubbeke aus den Jahren (1469-) 1599-1609, Neumünster 2000 (Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins 1) CD-Rom - s.a. 319.
- Ders., Milchwirtschaft in den mittel- und kleinbäuerlichen Regionen Schleswig-Holsteins, in: Rundbrief des Arbeitskreises für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins 79 (2000), S. 29-39.
- Ders., Zur Kommunalverfassung der Wilstermarsch. Überlegungen bei Betrachtung der Wilstermarsch-Generalrechnung 1783/1784, in: Jahrbuch Steinburg 45 (2000), S. 265-280.
- Ders., Generationswechsel, Vererbung und Heiratsverhalten der bäuerlichen Bevölkerung in den holsteinischen Elbmarschen 1650-1950, in: Martin Rheinheimer (Hrsg.), Der Durchgang durch die Welt. Lebenslauf, Generationen und Identität in der Neuzeit, Neumünster 2001, S. 103-123.
- Ernst Langenthaler, Bauernsterben? Wege österreichischer Agrargesellschaften in der Moderne, in: Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie (Hrsg.), Landwirtschaft und Agrarpolitik in den 90er Jahren. Österreich zwischen Tradition und Moderne, Wien 1999, S. 81-98.
- Ders., Die Dorfgrenzen sind nicht die Grenzen des Dorfes. Positionen, Probleme und Perspektiven der Forschung, in: Ders./Reinhard Sieder (Hrsg.), Über die Dörfer. Ländliche Lebenswelten in der Moderne, Wien 2000, S. 7-30.
- Ders., Die Erfindung des Gebirgsbauern. Identitätsdiskurse zwischen NS-System und voralpiner Lebenswelt, in: Ders./Reinhard Sieder (Hrsg.), Über die Dörfer. Ländliche Lebenswelten in der Moderne, Wien 2000, S. 87-142.
- Ders., Eigensinnige Kolonien. NS-Agrarsystem und bäuerliche Lebenswelten 1938-1945, in: Emmerich Tálos u.a. (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2000, S. 348-375.
- Daniela Münkel (Hrsg.), Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn, Göttingen 2000.
- Werner Rösener, Strukturen und Wandlungen des Dorfes in Altsiedellandschaften, in: Siedlungsforschung. Archäologie - Geschichte - Geographie 17 (1999), S. 9-27.
- Ders., L'histoire rurale de l'Europe médiévale et l'apport de Georges Duby, in: Etudes rurales 145/46 (1997): Georges Duby. Textes réunis et présentés par Philippe Braunstein, Paris 1999, S. 91-102.
- Ders., Agrargeschichte an den deutschen Universitäten, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 47 (1999), S. 111-122.
- Ders., Die Laienbrüder der Zisterzienser. Beruhte der ökonomische Erfolg des Ordens auf den Leistungen der Konversen?, in: Rheingau Forum 9 (2000), S. 14-24.
- Ders., Struktur und Entwicklung der Grundherrschaft im deutschen Altsiedelgebiet (10.-13. Jahrhundert), in: Gerhard Dilcher/Cinzio Violante (Hrsg.), Strukturen und Wandlungen der ländlichen Herrschaftsformen vom 10. bis zum 13. Jahrhundert. Deutschland und Italien im Vergleich (Schriften des Italienisch-Deutschen Instituts in Trient 14), Berlin 2000, S. 111-133.

- Ders., Codex Falkensteinensis. Zur Erinnerungskultur eines Adelsgeschlechts im Hochmittelalter, in: Ders. (Hrsg.), Adelige und bürgerliche Erinnerungskulturen des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit (Formen der Erinnerung 8), Göttingen 2000, S. 35-55.
- Ders., The History of German Agriculture, in: Stefan Tangermann (Hrsg.), Agriculture in Germany, Frankfurt/M. 2000, S. 1-16.
- Ders., Der König als Jäger. Antike Einflüsse auf die herrschaftliche Jagd im Mittelalter, in: Wolfram Martini (Hrsg.), Die Jagd der Eliten in den Erinnerungskulturen von der Antike bis in die Frühe Neuzeit (Formen der Erinnerung 3), Göttingen 2000, S. 15-37.